



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

26. Jahrgang · Heft 1

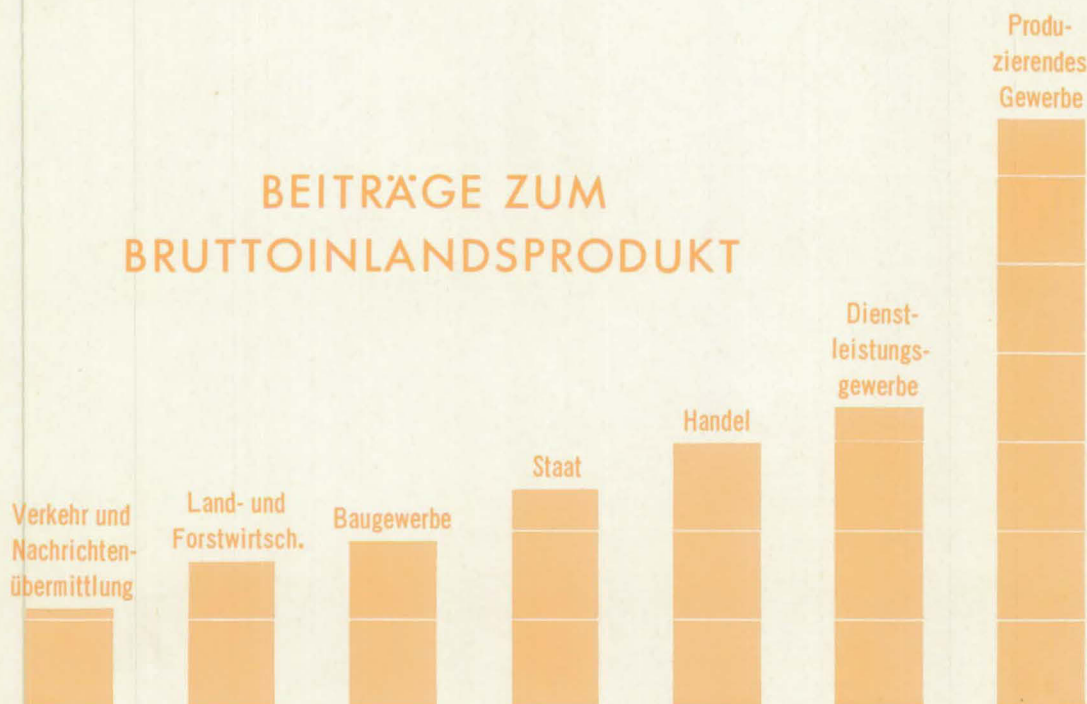
Januar 1974

Grafik des Monats: Industrieller Energieverbrauch

Aufsätze: Bruttoinlandsprodukt, Kreise
 Betriebssysteme Landwirtschaft
 Auftragslage im Baugewerbe

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

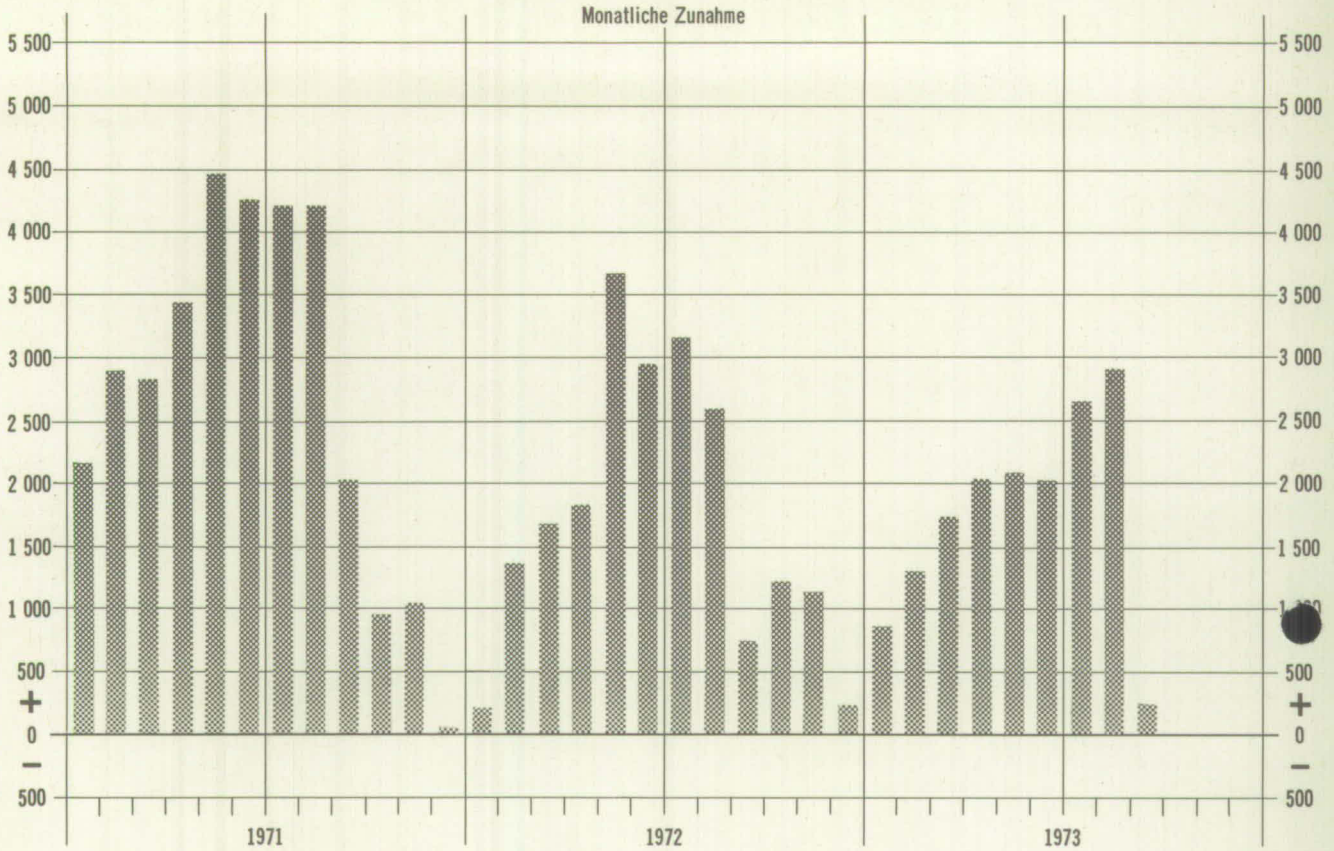
BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



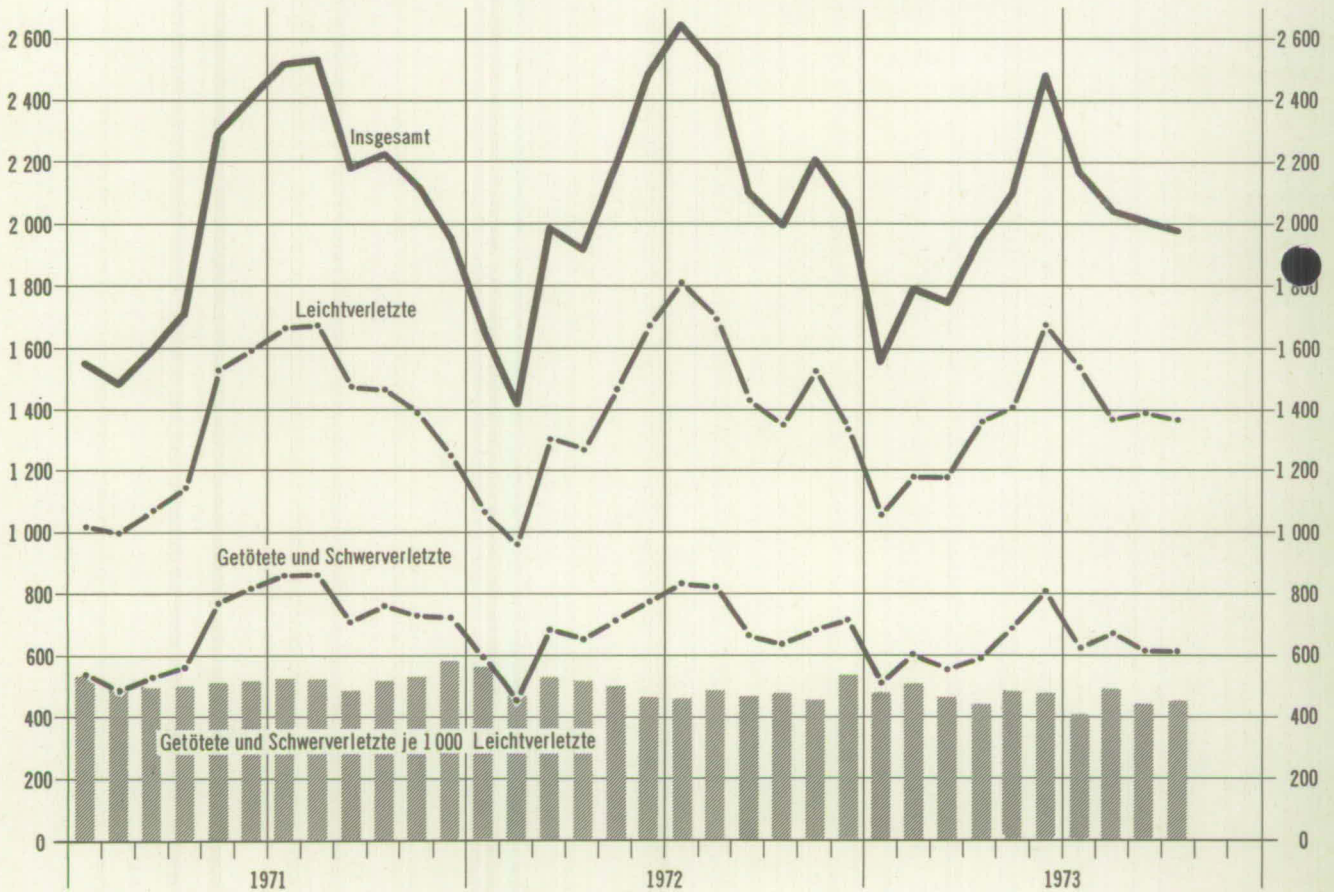
Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR



INHALT 1/74

	Seite
Aktuelle Auslese	1
Aus dem Inhalt	2
Aufsätze	
Das Bruttoinlandsprodukt in den Kreisen 1961 und 1970	3
Produktionsrichtung und Spezialisierung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe . . .	9
Auftragseingänge und -bestände im Bauhauptgewerbe 1971 bis 1973	18
Grafik des Monats	12
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein)	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 6 / 1973

Schweinehaltung
Molkereiwirtschaft
Fremdenverkehr
Alten- und Pflegeheime
Gewächshausfläche

Heft 7 / 1973

Bruttoinlandsprodukt 1972
Bautätigkeit 1972
Nord-Ostsee-Kanal
Binnenfischerei
Vergehen im Straßenverkehr
Industrieproduktion

Heft 8 / 1973

Berufspendler
Erbschaften und ihre Besteuerung
Ackerbau
Arbeitsverdienste

Heft 9/10 - 1973

Zur Bildungswanderung der Studenten
Abiturienten-Berufswünsche ohne Studium
Kraftfahrzeugbestand
Gestorbene 1971
Erwerbsobstbau

Heft 11/12 - 1973

Erwerbstätigkeit (Teil 2)
Beschäftigtenstruktur Industrie
Kooperation in der Landwirtschaft
In eigener Sache



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

26. Jahrgang · Heft 1

Januar 1974

Aktuelle Auslese



**Bis November 1973 keine Abkühlung
des industriellen Konjunkturklimas**

Eine Beeinträchtigung der industriellen Güterproduktion als Folge der Mineralölverknappung ist im November 1973, dem ersten Monat, in dem sich das Ölembargo hätte auswirken können, in Schleswig-Holstein nicht eingetreten.

Der Beschäftigteinsatz war zwar leicht rückläufig (- 0,5 %), hierfür waren aber saisonale und andere branchenspezifische Einflüsse maßgebend. Auch Kurzarbeit hat im ganzen gesehen keine Rolle gespielt. Die Zahl der je Arbeiter arbeitstäglich geleisteten Stunden war sogar größer als in den vorangegangenen Monaten. Dies läßt darauf schließen, daß im Hinblick auf arbeitsfreie Werk-tage im Dezember vorgearbeitet wurde.

Der Verbrauch an schwerem Heizöl erhöhte sich gegenüber Oktober um 9 % auf 93 000 t und erreichte den bisherigen Rekordstand in diesem Jahr. Noch stärker, nämlich um 11 %, ist der Verbrauch an leichtem Heizöl angestiegen. Dazu dürfte der frühe Einbruch winterlicher Temperaturen beigetragen haben.



**Leichter Rückgang der Leistungen
im Bauhauptgewerbe**

Nach den vorausgeschätzten Ergebnissen des Jahres 1973 - sie wurden auf Grund der vorliegenden Monatsergebnisse Januar bis November hochgerechnet - ist ein leichter Rückgang der Bauleistungen (gut 3 %) bei nahezu unverändertem Beschäftigtenstand zu erwarten. Es kann mit 97 Mill. geleisteten Arbeitsstunden gerechnet werden. Der Umsatz an Bauleistungen wird mit etwa 3,4 Mrd. DM um rd. 11 % über dem von 1972 liegen. Das im November und Dezember 1973 verstärkt beanspruchte Schlechtwettergeld deutet auf einen größeren Leistungseinbruch in diesen beiden Monaten hin,

der sich jedoch streckend auf die vorhandenen Auftragsbestände auswirken wird.

Neues Rekordergebnis im Wohnungsbau 1973 zu erwarten

Von Januar bis November 1973 wurden in Schleswig-Holstein 15 020 Wohnungen als fertiggestellt gemeldet. Das sind noch 562 oder 3,9 % Wohnungen mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Jahres 1972, das Schleswig-Holstein bereits einen neuen Rekord im Wohnungsbau gebracht hatte. Auf Grund dieses Teilergebnisses und des hohen Bauüberhangs zum Jahresbeginn ist auch für 1973 mit einem ähnlich hohen Bauergebnis wie im Jahre 1972 zu rechnen. Seine wirkliche Höhe ist noch etwas ungewiß, weil mehr als die Hälfte der Fertigstellungen erst mit der zur Zeit laufenden Bauüberhangserhebung festgestellt werden. Trotzdem kann mit einer Bauleistung von rund 32 000 Wohnungen gerechnet werden. Damit würde der bisherige Rekord des Jahres 1972 (31 500) noch leicht übertroffen werden. Diese Steigerung entspricht der Entwicklung im gesamten Bundesgebiet, wo für 1973 ebenfalls mehr fertiggestellte Wohnungen als 1972 zu erwarten sind.



**Über 83 000 Vollbeschäftigte
bei Land und Gemeinden**

Am 2. Oktober 1973 standen 83 407 Personen im Dienst des Landes und der Gemeinden und Gemeindeverbände. Das sind 4 000 oder 5 % Vollbeschäftigte mehr als 1972. Von ihnen sind 37 233 Beamte (+ 5,4 %), 33 165 Angestellte (+ 5,4 %) und 13 009 Arbeiter (+ 3,0 %). Die Zahl der Landesbediensteten erhöhte sich um gut 2 000 oder 4,6 % auf 53 425 und die der Kommunalbediensteten um reichlich 1 600 oder 5,8 % auf 29 982. Weitere Angaben enthält der Statistische Bericht L III 2 - j/73, der im Februar erscheinen wird.

Aus dem Inhalt

Bruttoinlandsprodukt, Kreise

Seite 3

Das Bruttoinlandsprodukt des Landes wird, um eine starke Nachfrage zu befriedigen, auch nach Kreisen aufgegliedert. Beim Gebrauch der Kreiswerte sind einige wichtige Bestimmungen zu beachten, um nicht beim Kreisvergleich zu falschen Schlüssen zu kommen. Am höchsten über der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate 1961 - 1970 in Höhe von 8,6 % lagen die Kreise Segeberg mit + 12,2 % und Pinneberg mit + 11,3 %. Dithmarschen liegt noch über, Flensburg-Land, Lauenburg und Rendsburg-Eckernförde auf dem Landesdurchschnitt. Am wenigsten wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Stormarn, nur wenig mehr in Schleswig. Natürlich hängt das Wachstum in diesen 9 Jahren wesentlich vom Ausgangswert 1961 ab. Wenn man dies bedenkt, ist die Entwicklung in Pinneberg wohl am positivsten zu beurteilen, die trotz eines bereits hohen Ausgangswertes das genannte Maß erreichte. Damit erhöhte dieser Kreis seinen Anteil an der Landessumme von 8,3 % auf 10,3 %. Erst die Aufgliederung in die Wirtschaftsbereiche ergibt ein genügend differenziertes Bild, um die wirtschaftliche Entwicklung in den Kreisen angemessen beurteilen zu können. Der größte Beitrag wird im Landesmittel mit 44 % vom warenproduzierenden Gewerbe geleistet, darunter 32 % vom verarbeitenden Gewerbe, was zu vier Fünfteln Industrie bedeutet. Die "übrigen Dienstleistungen" erbringen 29 %, der Bereich "Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung" 20 %. Die restlichen 7 % fließen aus der Landwirtschaft. In drei Kreisen liegt der Beitrag der Landwirtschaft noch über 15 %, in weiteren fünf Kreisen über 10 %. Andererseits liegt der Beitrag des warenproduzierenden Gewerbes in sieben Kreisen unter 40 %; er streut zwischen 28 und 62 %. Die früher geübte Typisierung der Kreise nach 4 Strukturtypen führt 1970 zu keiner ausreichenden Differenzierung mehr. Sie muß durch eine verfeinerte Betrachtung ersetzt werden.

Betriebssysteme Landwirtschaft

Seite 9

Die 1971 bei der Landwirtschaftszählung befragten 45 000 land- und forstwirtschaftlichen Betriebe wurden einer neuartigen Klassifizierung unterzogen, die aus den Anbauverhältnissen und Viehbeständen die Produktionsrichtung und das Betriebssystem bestimmt. Von den 44 000 klassifizierbaren Betrieben gehörten 91 % zum Betriebsbereich Landwirtschaft, 4 % zum Betriebsbereich Gartenbau und 4 % zum Betriebsbereich Forstwirtschaft. In den Größenklassen ab 10 ha sind fast nur landwirtschaftliche Betriebe vorhanden. In der weiteren Gliederung nach der Betriebsform zeigen sich zwei Drittel als Futterbaubetriebe, 15 % entfallen auf die Betriebsform Marktfrucht und 8 % auf die Betriebsform Veredelung. In den restlichen 10 %, den Gemischtbetrieben, liegen differenziertere Produktionsverhältnisse vor. Von den Betrieben unter 2 ha betreibt die Hälfte Veredelung. Wenn in einem Betrieb einer der vier Zweige Marktfrucht, Futterbau, Veredelung und

Dauerkulturen 75 % des gesamten Standarddeckungsbeitrages erreicht oder überschreitet, so spricht man von einem Spezialbetrieb. Bei 50 - 75 % liegt ein Verbundbetrieb vor, bei weniger als 50 % ein Gemischtbetrieb. Von den 15 300 Spezialbetrieben sind 7 700 auf Milchviehhaltung und knapp 2 600 auf Rindermast spezialisiert. 2 150 sind extensive Marktfruchtbetriebe, 1 565 spezielle Schweinehaltungen, 600 Geflügelhaltungen, und nur 450 betreiben intensiven Marktfruchtbau (Kartoffeln, Zuckerrüben). Großes Gewicht haben mit 21 000 die Verbundbetriebe, als Gemischtbetriebe wurden 3 900 eingestuft. Bei regionaler Betrachtung zeigen sich charakteristische Unterschiede. Die Betriebsform Futterbau z. B. dominiert zu 95 % in Eiderstedt und der Eider-Treene-Niederung. Die Betriebsform Marktfrucht herrscht nur in Nordoldenburg und Fehmarn vor (70 %). Nach dem Grad der Spezialisierung steht Eiderstedt mit fast 90 % Spezialbetrieben vorn, während etwa das als landwirtschaftlich homogen bekannte Angeln 65 % Verbundbetriebe und 16 % Gemischtbetriebe aufweist, sich also sehr vielseitig zeigt.

Auftragslage im Baugewerbe

Seite 18

Dieser erste Bericht über eine neue, konjunkturpolitisch sehr wichtige Statistik bezieht sich auf die Jahre 1971 und 1972. In diesen beiden Jahren wurden von den Baubetrieben für 1,8 und 2,2 Mrd. DM Aufträge für Hoch- und Tiefbauten hereingenommen. Im Hochbau stieg der Auftragswert dabei um ein Drittel, im Tiefbau nur um 1,7 %, was etwa der Preissteigerung in diesem Bereich entspricht. Im zeitlichen Verlauf schwanken die Auftragsgänge, ohne daß sich schon Sicheres über Gesetzmäßigkeiten sagen ließe, da die Reihen noch sehr kurz sind. Solche Kenntnis ist aber wichtig, wenn aus dem Verlauf der Auftragsgänge auf den vermutlichen Verlauf der künftigen Beschäftigungslage geschlossen werden soll. In den ersten neun Monaten 1973 wurde im Tiefbau ein um nominal 13 %, also real etwa um 7 % größeres Auftragsingangsvolumen als 1972 angegeben. Am Verlauf der monatlichen Auftragsgänge 1973 im Hochbau lassen sich Wirkungen der konjunkturpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung erkennen. Im vorliegenden Teiljahr 1973 war das Auftragsingangsvolumen nur nominal noch etwas höher als 1972, real dagegen um etwa 5 % kleiner. Im Gegensatz zu den Auftragsgängen, die monatlich stark schwanken, verläuft die Entwicklung der vierteljährlich erfragten Auftragsbestände ruhig. Sie zeigt ein schwaches Maximum in der Jahresmitte. Nach den Beständen ist die Auftragslage im Tiefbau, besonders im Straßenbau, im Herbst 1973 etwas günstiger als im Hochbau. In dem gewichtigen Sektor Wohnungsbau gingen die Auftragsbestände vom 2. zum 3. Quartal 1973 merklich zurück, im gewerblichen Hochbau noch stärker. Die wichtige Frage der Reichweite der Aufträge wird mit Hilfe der neuen Daten über die Auftragsbestände einer objektiven Beantwortung näher gebracht.

Das Bruttoinlandsprodukt in den Kreisen 1961 und 1970

Der Bund, die Wirtschaftsministerien und Planungsinstanzen der Länder sowie die Kreise selbst haben ein großes Interesse an regionalen Leistungswerten. Diese Nachfrage kann befriedigt werden, indem man das Bruttoinlandsprodukt nach Kreisen aufgliedert. Deshalb sind jetzt im Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" neue Kreiszahlen des Bruttoinlandsproduktes für die Jahre 1961, 1968 und 1970 erstellt worden, mit dem Ziel, in Zukunft gemeinsame Kreisberechnungen im zweijährigen Turnus zu wiederholen. Die Kreiswerte in Schleswig-Holstein beziehen sich auf den Gebietsstand nach der Gebietsreform am 26. April 1970. Sie sind wegen einer Reihe von methodischen Änderungen und Gebietsstandsänderungen nicht mit früheren Veröffentlichungen vergleichbar.

Ausgangsgröße für die Verteilung auf die Kreise ist das Bruttoinlandsprodukt des Landes, das im Stadium der Entstehung ermittelt worden ist. Das bedeutet, daß die Wirtschaftskraft eines Kreises daran gemessen wird, was die Wirtschaftseinheiten in dem jeweiligen Kreis an Gütern und Dienstleistungen erzeugt haben. Das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich dabei als Saldo von Bruttoproduktionswerten und Vorleistungen und ist zu jeweiligen Preisen bewertet. Der Bruttoproduktionswert setzt sich aus den wirtschaftlichen Umsätzen, den Bestandsveränderungen an Erzeugnissen eigener Produktion und den selbsterstellten Anlagen aller Wirtschaftseinheiten des Kreises zusammen. Als Vorleistungen werden die eingesetzten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, gekaufte Handelsware, empfangene Verkehrs- und Dienstleistungen und dergleichen gegengerechnet. Alle Leistungen werden in Marktpreisen gerechnet, das bedeutet, daß die indirekten Steuern enthalten und die Subventionen abgezogen sind.

Wenn man das Bruttoinlandsprodukt für regionale Leistungsvergleiche heranzieht, muß beachtet werden, daß es sich hier um die Bewertung der in einer Region produzierten Güter und Dienstleistungen zu Marktpreisen handelt; dieser Wert ist nicht als Maßstab für die Beurteilung des Wohlstandes oder der Einkommensverhältnisse in dieser Region geeignet. Hierfür könnte allenfalls das nach dem Inländerkonzept gewonnene Volkseinkommen, das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten, herangezogen werden. Die Ermittlung dieser Größe für Kreise scheidet aber vor allem daran, daß sich der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen den Einwohnern eines Kreises und der übrigen Welt

nicht ermitteln läßt. Darüber hinaus müßten noch die Abschreibungen und der Saldo von indirekten Steuern und Subventionen kreisweise errechnet werden, um vom Bruttowert zu Marktpreisen zum Nettowert zu Faktorkosten zu kommen. Gerade diese unterschiedliche Bewertung kann den regionalen Leistungsvergleich ganz entscheidend stören, nämlich dann, wenn in einem Kreis der Bruttoproduktionswert wesentlich bestimmt wird durch die Produktion von Betrieben, deren Produkte durch indirekte Steuern wie Mineralölsteuer und Tabaksteuer überdurchschnittlich hoch belastet sind. Aus diesem Grunde sind in Schleswig-Holstein das Bruttoinlandsprodukt des Kreises Dithmarschen durch den sehr hohen Anteil der Mineralölsteuer und das Bruttoinlandsprodukt des Kreises Stormarn durch den sehr hohen Anteil der Tabaksteuer vergleichsweise stark überhöht. Um diese Nachteile für den regionalen Leistungsvergleich möglichst auszuschalten, wird zur Zeit versucht, daß Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen auf das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten in den einzelnen Kreisen zurückzurechnen. Trotz dieser Nachteile gibt aber das Bruttoinlandsprodukt doch einen Anhaltspunkt über die Wirtschaftskraft der Kreise und zeigt insbesondere im Zeitvergleich die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Kreisen auf.

Das Wirtschaftswachstum in den Kreisen

Das Bruttoinlandsprodukt stieg in Schleswig-Holstein seit 1961 von 10,9 Mrd. DM über 18,5 Mrd. DM im Jahre 1968 auf 22,9 Mrd. DM im Jahre 1970. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 8,6% zwischen 1961 und 1970. Ganz erheblich über dieser Wachstumsrate und somit an der Spitze aller Kreise liegt der Kreis Segeberg mit 12,2%, gefolgt vom Kreis Pinneberg mit 11,3%. Über den Landesdurchschnitt kommt nur noch der Kreis Dithmarschen, der einen durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 10,1% verzeichnet, während die Kreise Flensburg-Land, Hzgt. Lauenburg und Rendsburg-Eckernförde genau die landesdurchschnittliche Entwicklung aufweisen. Die niedrigste durchschnittliche jährliche Zuwachsrate hat der Kreis Stormarn mit 6,9%. Nur wenig besser sieht es für den Kreis Schleswig mit einer Rate von 7,3% aus. Auffällig ist, daß auch die kreisfreien Städte merklich unter dem Landesdurchschnitt liegen, wobei Lübeck mit 8,0% noch am besten abschneidet.

Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate
des Bruttoinlandsprodukts von 1961 bis 1970
nach Wirtschaftsbereichen in den Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	Brutto- in- lands- pro- dukt ins- ge- samt	davon			
		Land- und Forst- wirt- schaft, Tier- haltung und Fischerei	übriges waren- produ- zieren- des Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- lei- stungen
Segeberg	12,2	2,4	14,4	13,3	14,2
Pinneberg	11,3	3,4	11,7	11,2	13,2
Dithmarschen	10,1	2,9	13,5	7,2	10,5
Flensburg-Land	8,6	1,3	12,7	13,0	13,2
Hzgt. Lauenburg	8,6	1,1	10,1	8,9	10,7
Rendsburg-Eckernförde	8,6	2,0	10,4	7,3	11,6
Nordfriesland	8,4	4,3	10,0	7,1	11,2
Plön	8,1	1,1	11,1	6,6	11,1
LÜBECK	8,0	.	7,1	8,1	10,4
FLENSBURG	7,9	.	8,6	6,0	9,6
KIEL	7,9	.	7,7	5,2	10,4
Ostholstein	7,9	0,7	10,0	6,5	10,6
Steinburg	7,7	2,9	7,8	8,7	10,1
NEUMÜNSTER	7,6	.	7,0	6,4	10,9
Schleswig	7,3	2,4	9,1	5,6	10,1
Stormarn	6,9	1,3	4,8	13,5	14,9
Schleswig-Holstein	8,6	2,3	9,1	7,9	11,2

Wenn man eine derartige Rangfolge der Kreise nach den Wachstumsraten aufstellt, muß man sich vergegenwärtigen, daß das Ausgangsniveau dabei eine nicht unerhebliche Rolle spielt. So schneidet beispielsweise in dieser vergleichenden Betrachtung der Kreis Stormarn nicht zuletzt deswegen so schlecht ab, weil das Bruttoinlandsprodukt bereits im Jahre 1961 mit 1,0 Mrd. DM den höchsten Wert nach den kreisfreien Städten Kiel und Lübeck aufwies, was ganz wesentlich auf den bereits erwähnten hohen Anteil der Tabaksteuer zurückzuführen ist. Klammert man die Tabakindustrie aus, dann liegen sowohl die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate im warenproduzierenden Gewerbe als auch die durchschnittliche jährliche gesamtwirtschaftliche Zuwachsrate des Kreises über den jeweiligen Raten des Landes. Das bedeutet, daß sich im Kreis Stormarn mit Ausnahme der Tabakindustrie die Wirtschaft überdurchschnittlich gut entwickelt hat.

Andererseits ist die hohe Wachstumsrate des Kreises Segeberg mit durch das 1961 noch relativ niedrige Niveau des Bruttoinlandsprodukts begründet. Entscheidend war hier aber, daß die durch den Zusammenschluß von vier Gemeinden neugegründete Stadt Norderstedt am 1. Januar 1970 dem Kreis Segeberg zugeordnet und dadurch der unmittelbare

räumliche Kontakt mit Hamburg hergestellt wurde. Diese Zuordnung allein kann aber nicht entscheidend sein, weil auch schon in den Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts für 1961 und 1968 die vier Gründungsgemeinden von Norderstedt dem Kreis Segeberg zugerechnet wurden. Bemerkenswert ist hier vielmehr die erheblich über dem Landesdurchschnitt liegende Zunahme der Wohnbevölkerung in diesem Randbezirk von Hamburg. In Norderstedt wuchs die Einwohnerzahl von 1961 bis 1970 um gut 23 000 oder 75% auf über 54 000 an, was allein schon auf eine überdurchschnittliche wirtschaftliche Entwicklung hinweist. Vor allem deshalb expandierte im Kreis Segeberg der Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr besonders stark, die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate lag hier mit 13,3% um 5,4 Punkte über der Rate des Landes. Aber auch im Bereich warenproduzierendes Gewerbe war das durchschnittliche jährliche Wachstum mit 14,4% um 5,3 Punkte höher als im Lande. Insbesondere deswegen stieg der Anteil des Kreises Segeberg am Bruttoinlandsprodukt des Landes von 1961 bis 1970 um 1,5 Punkte auf 5,9%.

Am positivsten ist wohl die Entwicklung im Kreis Pinneberg zu bewerten. Hier war bereits im Jahre 1961 der Wert des Bruttoinlandsprodukts mit 902 Mill. DM relativ hoch, höhere Werte wurden nur in den kreisfreien Städten Kiel und Lübeck und im Kreis Stormarn erzielt. Trotzdem liegt der Kreis Pinneberg mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 11,3% erheblich über dem Landesdurchschnitt. Diese besonders positive Entwicklung läßt sich auch daran ablesen, daß der Kreis seinen Anteil am Bruttoinlandsprodukt des Landes in den neun Jahren zwischen 1961 und 1970 am stärksten erhöhen konnte, und zwar stieg dieser Anteil von 8,3% auf 10,3%. An dieser überdurchschnittlichen Entwicklung sind alle vier Wirtschaftsbereiche beteiligt, wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht. Jedenfalls lag in jedem dieser vier Bereiche des Kreises Pinneberg die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate über der jeweiligen Rate des Landes.

Die überdurchschnittliche wirtschaftliche Entwicklung des Kreises Dithmarschen ist - wenn man von der Land- und Forstwirtschaft absieht - ausschließlich auf das warenproduzierende Gewerbe zurückzuführen, dessen Anteil am Bruttoinlandsprodukt des Kreises im Jahre 1970 immerhin 56% betrug. Da sich dieser hohe Anteil des warenproduzierenden Gewerbes wiederum ganz überwiegend aus dem Unterbereich Mineralölverarbeitung ergibt, ist die hervorragende Stellung des Kreises Dithmarschen fast ausschließlich auf diesen Unterbereich mit seinem hohen Anteil

an Mineralölsteuer begründet. Wie sehr die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate dadurch beeinflusst wird, kann man daran ermessen, daß die Mineralölverarbeitung ihren Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt von 1961 bis 1970 weit überdurchschnittlich steigern konnte. Positiv ist anzumerken, daß auch die übrigen Unterbereiche des warenproduzierenden Gewerbes im Kreis Dithmarschen mit einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg von 10,6% ebenfalls über der landesdurchschnittlichen Rate im warenproduzierenden Gewerbe lagen.

Mit diesen Beispielen sollte aufgezeigt werden, daß selbst ein Vergleich der durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten keine uneingeschränkten Aussagen über die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in den Kreisen zuläßt. Es ist deshalb unerlässlich, die Besonderheiten in den einzelnen Kreisen aufzudecken und ihre Auswirkung auf das Bruttoinlandsprodukt und seine Entwicklung zu untersuchen. Einen wesentlichen Anhaltspunkt dafür gibt die Aufgliederung des Bruttoinlandsprodukts nach Wirtschaftsbereichen. Sie zeigt durch die unterschiedlich hohen Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt die Wirtschaftsstruktur der Kreise auf und ermöglicht eine Darstellung des unterschiedlichen Verlaufs der Entwicklungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen der Kreise. Aber auch hierbei ist zu beachten, daß hohe indirekte Steuern wie Mineralöl- und Tabaksteuer den Beitrag eines Wirtschaftsbereiches zum Bruttoinlandsprodukt erhöhen und dadurch die Anteile der einzelnen Wirtschaftsbereiche beeinflussen.

Die Wirtschaftsstruktur in den Kreisen

An der Erstellung des Bruttoinlandsprodukts sind die einzelnen Wirtschaftsbereiche mit sehr unterschiedlichen Anteilen beteiligt, und das Gewicht der einzelnen Wirtschaftsbereiche hat sich im Zeitablauf zum Teil erheblich verändert. Bei einer Aufgliederung des Bruttoinlandsprodukts 1970 in jeweiligen Preisen nach vier Wirtschaftsbereichen ergibt sich für das Land, daß der wesentliche Beitrag mit 44% vom warenproduzierenden Gewerbe geleistet wird. Zum warenproduzierenden Gewerbe gehören die Unterbereiche Energiewirtschaft und Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe. Das verarbeitende Gewerbe trägt als wichtigster Unterbereich allein 32% bei. Hiervon entfallen wiederum etwa vier Fünftel auf die Industrie und ein Siebentel auf das Handwerk. Der zweitstärkste Wirtschaftsbereich, übrige Dienstleistungen, der durch die Zusammenfassung von Dienstleistungsgewerbe, Staat, private Haushalte und

Organisationen ohne Erwerbscharakter etwas heterogen ist, erbringt dagegen nur noch 29% des Gesamtbetrages. Der Bereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung kommt im Lande auf 20%, so daß auf den tertiären Sektor genau die Hälfte der wirtschaftlichen Leistung des Landes entfällt. Der restliche Beitrag von 7% fließt aus dem Bereich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei.

In den einzelnen Kreisen (hier als Oberbegriff zu kreisfreien Städten und Kreisen i. e. S. verstanden) weist diese für das Land mit Hilfe der Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt dargestellte Wirtschaftsstruktur zum Teil erhebliche Unterschiede auf. Dazu sei als erster grober Überblick angemerkt, daß es nach den Verhältnissen von 1970 in Schleswig-Holstein noch drei Kreise gibt, in denen der Bereich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei mehr als 15% zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt. Bei weiteren fünf Kreisen liegt dieser Anteilswert über 10%, also noch nennenswert über dem Landesdurchschnitt von 7,1%. Mit Ausnahme von vier Kreisen ist das warenproduzierende Gewerbe der bedeutendste Wirtschaftsbereich in den Kreisen. Aber in immerhin sieben Kreisen liegt der Anteilswert dieses Bereichs unter 40%. Über die Hälfte zum Bruttoinlandsprodukt trägt das warenproduzierende Gewerbe nur in drei Kreisen bei, und zwar außer in Stormarn und Dithmarschen mit ihren hohen Anteilen an indirekten Steuern nur in Pinneberg. Nicht zuletzt wegen des hohen Wertes im Kreis Stormarn ist die Streuung der Anteilswerte des warenproduzierenden Gewerbes sehr groß, sie erstreckt sich von 27,8% bis 61,6%. Wesentlich dichter zusammen liegen die Gewichte beim Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Allerdings ist die Bedeutung dieses Bereichs auch viel geringer, in elf Kreisen bleibt sein Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt unter 20%. Dagegen sind die übrigen Dienstleistungen in vier Kreisen der bedeutendste Wirtschaftsbereich, und in sechs Kreisen tragen sie mehr als 30% zum Bruttoinlandsprodukt bei. Das Gewicht des tertiären Sektors reicht von 33,3% im Kreis Dithmarschen bis zu 66,2% in Kiel.

In den vier kreisfreien Städten ist mit Ausnahme von Kiel das warenproduzierende Gewerbe der bedeutendste Wirtschaftsbereich. Auf den höchsten Anteilswert dieser Städte kommt Neumünster mit 49,4%, wovon gut die Hälfte auf die Industrie mit ihren Schwerpunkten Elektrotechnik, Maschinenbau und Textilgewerbe zurückzuführen ist. Daneben ist vor allem das Baugewerbe ein bedeutender

Das Bruttoinlandsprodukt in den Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis Jahr	Bruttoinlandsprodukt Mill. DM	davon im Wirtschaftsbereich			
		Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	übriges warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienstleistungen
		%			
FLensburg					
1961	559	0,8	35,2	35,7	28,3
1970*	1 107	0,5	37,0	30,1	32,4
KIEL					
1961	1 508	1,6	33,8	28,8	35,8
1970*	3 002	0,9	32,9	22,7	43,5
LÜBECK					
1961	1 356	1,5	48,3	25,3	24,9
1970*	2 721	0,8	44,1	25,3	29,8
NEUMÜNSTER					
1961	426	1,6	52,6	24,9	20,9
1970*	823	1,1	49,4	22,3	27,2
Dithmarschen					
1961	663	20,5	42,7	18,2	18,6
1970*	1 574	11,1	55,6	14,2	19,1
Flensburg-Land					
1961	201	46,4	20,4	13,7	19,5
1970*	423	24,5	28,2	19,3	28,0
Hzgt. Lauenburg					
1961	459	18,5	39,3	18,4	23,8
1970*	968	9,6	43,8	18,6	28,0
Nordfriesland					
1961	604	25,3	24,5	23,0	27,2
1970*	1 247	17,7	27,8	20,4	34,1
Ostholstein					
1961	611	19,8	28,1	21,5	30,6
1970*	1 214	10,5	32,9	18,9	37,7
Pinneberg					
1961	902	8,7	51,7	20,2	19,4
1970*	2 357	4,4	53,3	19,9	22,4
Plön					
1961	313	27,5	29,9	17,0	25,6
1970*	630	14,9	37,9	14,8	32,4
Rendsburg-Eckernförde					
1961	829	20,7	37,3	20,3	21,7
1970*	1 743	11,6	43,0	18,0	27,4
Schleswig					
1961	383	24,1	29,2	19,4	27,3
1970*	723	15,6	33,7	16,6	34,1
Segeberg					
1961	481	21,6	41,3	17,2	19,9
1970*	1 352	9,4	48,9	18,6	23,1
Steinburg					
1961	597	15,8	46,2	18,4	19,6
1970*	1 163	10,4	46,2	19,8	23,6
Stormarn					
1961	1 006	6,4	74,6	7,5	11,5
1970*	1 831	3,9	61,6	12,7	21,8
Schleswig-Holstein					
1961	10 898	12,2	42,4	21,4	24,0
1970*	22 878	7,1	43,6	19,9	29,4

*) vorläufige Ergebnisse

wirtschaftlicher Faktor. Der tertiäre Sektor weist in Neumünster keine Besonderheiten auf, sein Anteil liegt im Landesdurchschnitt. Seit 1961 hat sich eine leichte Verschiebung vom warenproduzierenden Gewerbe zum tertiären Sektor vollzogen, was in der zunehmenden Bedeutung der übrigen Dienstleistungen begründet ist.

In Lübeck kommen die wesentlichen Beiträge des bedeutendsten Wirtschaftsbereichs warenproduzierendes Gewerbe ebenfalls aus der Industrie mit ihren Schwerpunkten Maschinenbau, Herstellung von EBM-Waren, Feinmechanik und Optik und Schiffbau. Nach den Berechnungen für 1970 hat der tertiäre Sektor hier ein leichtes Übergewicht von 10 Punkten. Diese Wirtschaftsstruktur ist begründet in dem um fünf Punkte über dem Landesdurchschnitt liegenden Anteil des Wirtschaftsbereichs Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, worin sich insbesondere die relativ große Bedeutung des Großhandels mit Handelsvermittlung niederschlägt. Von 1961 bis 1970 hat sich das Gewicht dieses Wirtschaftsbereichs nicht geändert, während die übrigen Dienstleistungen bei entsprechendem relativen Rückgang des warenproduzierenden Gewerbes stark expandierten.

Im Vergleich zu Lübeck weist Kiel eine ganz andere Wirtschaftsstruktur auf. Sie wird ganz eindeutig durch den tertiären Sektor geprägt, dessen Anteil sich 1970 immerhin auf 66% belief. Dies liegt im wesentlichen darin begründet, daß in der Landeshauptstadt der Beitrag des Staates ein besonderes Gewicht hat. Tatsächlich ist der Staat mit mehr als einem Fünftel am gesamten Bruttoinlandsprodukt und mit fast einem Drittel am Bruttoinlandsprodukt des tertiären Sektors beteiligt. Die wirtschaftliche Entwicklung des warenproduzierenden Gewerbes der Stadt Kiel von 1961 bis 1970 lag dagegen mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 7,7% immerhin 1,4 Punkte unter dem Landesdurchschnitt.

In Flensburg hat infolge der Grenzlage der Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 30% ein Potential, das in keinem anderen schleswig-holsteinischen Kreis auch nur annähernd erreicht wird. Aber auch der Staat trägt relativ viel zum Bruttoinlandsprodukt bei. Das liegt vor allem daran, daß das Kraftfahrtbundesamt in Flensburg seinen Sitz hat und die Finanzverwaltung durch den Zollbereich ein besonders großes Gewicht hat. Außerdem wird von hier nicht nur die Stadt, sondern auch der angrenzende Kreis Flensburg-Land verwaltet. Hierdurch bedingt, liegt der Beitrag des warenproduzierenden Gewerbes bei nur 37%.

Flensburg hat aber in diesem Bereich mit 8,6% die höchste durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der kreisfreien Städte von 1961 bis 1970 und liegt nur geringfügig unter dem Landesdurchschnitt.

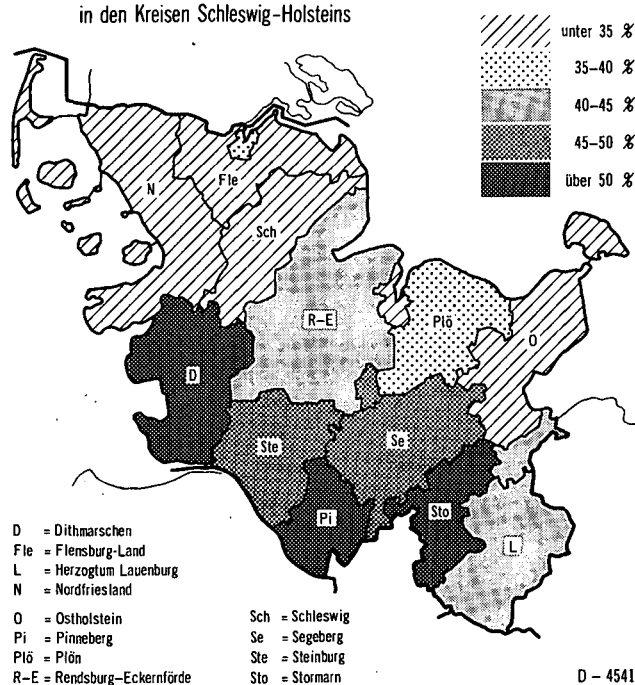
Bei den zwölf Kreisen fallen die hohen Anteile des warenproduzierenden Gewerbes in Stormarn, Dithmarschen und Pinneberg besonders auf. In Stormarn ist dieser hohe Anteil vor allem durch die Tabakindustrie bedingt. Welche Bedeutung die Tabakindustrie für das Bruttoinlandsprodukt dieses Kreises hat, wird deutlich, wenn man sie aus den Berechnungen herausnimmt und so tut, als gäbe es die Tabakindustrie nicht. Dann würde das warenproduzierende Gewerbe nämlich nicht einmal mehr die Hälfte des Gesamtwertes erreichen. Andererseits bliebe das warenproduzierende Gewerbe auch ohne die Tabakindustrie der bedeutendste Wirtschaftsbereich des Kreises und läge immer noch über dem landesdurchschnittlichen Anteil. Die Tabakindustrie allein trägt im Kreis Stormarn fast ein Drittel zum Bruttoinlandsprodukt bei. Davon sind aber wiederum mehr als 80% Tabaksteuer, woran die Aufblähung des Bruttoinlandsprodukts durch die indirekten Steuern deutlich wird. Von 1961 bis 1970 hat das warenproduzierende Gewerbe zunehmend an Gewicht verloren, weil die Tabakindustrie nahezu stagnierte. Andererseits expandierten insbesondere die übrigen Dienstleistungen.

Die Wirtschaftsstruktur des Kreises Dithmarschen wird ebenfalls eindeutig geprägt

durch das warenproduzierende Gewerbe, wobei auch hier ein Wirtschaftszweig das Bild verzerrt. In Dithmarschen ist es die Mineralölverarbeitung, die das Bruttoinlandsprodukt insgesamt und vor allem den Beitrag des warenproduzierenden Gewerbes in die Höhe treibt. Ohne die Mineralölindustrie käme das warenproduzierende Gewerbe nur auf etwa ein Drittel des Gesamtwertes. Hier würde dieser Wirtschaftsbereich also sogar erheblich unter den landesdurchschnittlichen Anteil rutschen. Die Mineralölverarbeitung trägt im Kreis Dithmarschen allein schon ein Drittel zum Bruttoinlandsprodukt bei. Davon sind wiederum fast 40% Mineralölsteuer. Im Gegensatz zur Tabakindustrie handelte es sich bei der Mineralölverarbeitung aber um eine Wachstumsindustrie. So ist vor allem durch die positive Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes von 1961 bis 1970 in Dithmarschen um 13 Punkte angestiegen. Andererseits hat die Land- und Forstwirtschaft in diesem Zeitraum ganz erheblich an Gewicht verloren, denn ihr Anteil ging um neun Punkte auf 11% zurück, obwohl der Beitrag dieses Wirtschaftsbereichs absolut um 40 Mill. DM anstieg. Trotzdem bleibt Dithmarschen ein durch die Landwirtschaft geprägter Kreis. Der sinkende Anteil des Wirtschaftsbereichs Land- und Forstwirtschaft ist vor allem durch die Expansion der Mineralölindustrie bedingt. Ohne Mineralölverarbeitung käme die Land- und Forstwirtschaft 1970 auf etwa ein Sechstel des Bruttoinlandsprodukts.

Das wirtschaftliche Gewicht des warenproduzierenden Gewerbes, gemessen am Bruttoinlandsprodukt 1970

in den Kreisen Schleswig-Holsteins



Eine besonders ausgeglichene Wirtschaftsstruktur hat der Kreis Pinneberg, in dem das warenproduzierende Gewerbe mehr als die Hälfte vom Bruttoinlandsprodukt beiträgt, während die Land- und Forstwirtschaft von untergeordneter Bedeutung ist und auch die übrigen Dienstleistungen ein erheblich unter dem Landesdurchschnitt liegendes Gewicht haben. Dieser Kreis im Hamburger Umland ist ein industrielles Ballungsgebiet mit einer Vielzahl von schwergewichtigen Branchen, aus denen die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der Maschinenbau und die Papier- und Pappeverarbeitung sowie -erzeugung sich besonders hervorheben. Die wirtschaftliche Entwicklung von 1961 bis 1970 ist in diesem Kreis ausgesprochen gut gewesen, denn in allen vier Wirtschaftsbereichen lag die durchschnittliche jährliche Veränderung über dem Landesdurchschnitt. Damit verbunden war eine geringfügige Verschiebung zugunsten der übrigen Dienstleistungen und des warenproduzierenden Gewerbes, während die Land- und Forstwirtschaft 1970 etwa auf die Hälfte ihres Anteils von 1961 herabsank und nur noch 4,4% zum Bruttoinlandsprodukt beitrug.

Dem Kreis Pinneberg in der Wirtschaftsstruktur am nächsten kommen die Kreise Segeberg und Steinburg. Die Anteile des tertiären Sektors liegen 1970 in diesen drei Kreisen zwischen 41,7% und 43,4%. Allerdings ist in Segeberg und Steinburg die Land- und Forstwirtschaft noch wesentlich bedeutungsvoller als in Pinneberg. In Segeberg hat sich von 1961 bis 1970 das warenproduzierende Gewerbe immer stärker ausgebreitet, während die Land- und Forstwirtschaft auf Grund der niedrigen Zuwachsraten einen starken relativen Rückgang zu verzeichnen hat. In Steinburg konnte dagegen das warenproduzierende Gewerbe seinen Anteil nur konstant halten. Hier erstarkten vor allem die übrigen Dienstleistungen bei gleichzeitigem relativen Rückgang der Land- und Forstwirtschaft.

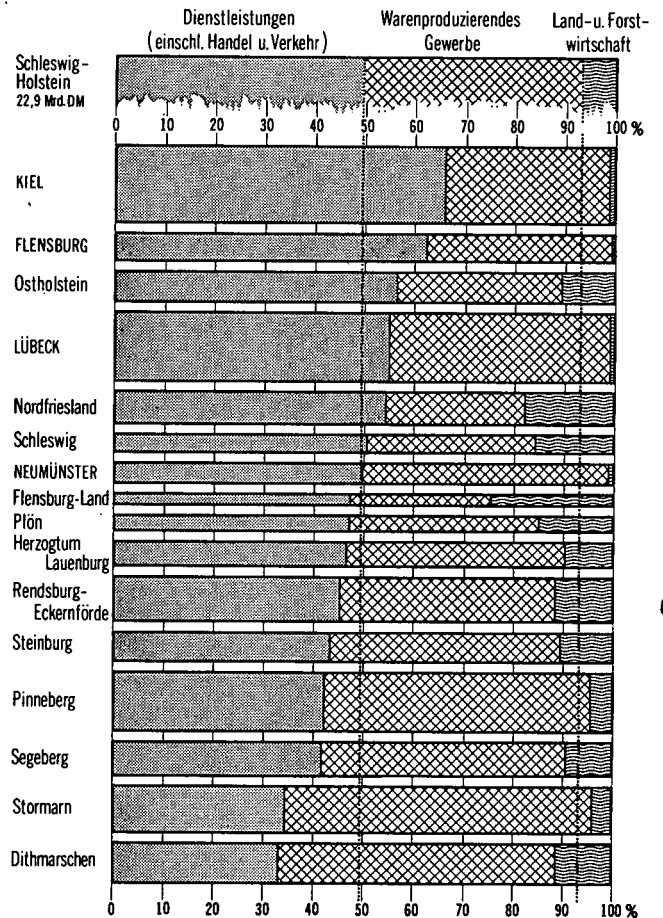
Auch in den Kreisen Hzgt. Lauenburg und Rendsburg-Eckernförde ist das warenproduzierende Gewerbe der bedeutendste Wirtschaftsbereich mit mehr als 40% Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Beide Kreise verzeichneten zwischen 1961 und 1970 eine ähnliche Entwicklung, und zwar weiteten sich das warenproduzierende Gewerbe und die übrigen Dienstleistungen aus, während der Anteil der Land- und Forstwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt erheblich zurückging.

In den übrigen fünf Kreisen Plön, Schleswig, Ostholstein, Flensburg-Land und Nordfriesland liegt der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes bereits unter 40%, in Flensburg-Land und Nordfriesland sogar unter 30%. Am besten schneidet dabei noch der Kreis Plön ab, der durch die positive Entwicklung zwischen 1961 und 1970 mit einem Zuwachs von 8,0 Punkten ganz nahe an die 40% herangekommen ist. Ähnlich stark hat sich auch der Wirtschaftsbereich übrige Dienstleistungen entwickelt, was nicht zuletzt auf den Fremdenverkehr zurückzuführen ist. Dagegen weist der Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung eine leichte Einbuße auf. Obwohl der Anteil der Land- und Forstwirtschaft in derselben Zeitspanne um 12,6 Punkte gesunken ist, hat dieser Bereich hier immer noch ein mehr als doppelt so starkes Gewicht wie im ganzen Lande.

Noch stärker geprägt durch die Land- und Forstwirtschaft ist die Wirtschaftsstruktur in den Kreisen Flensburg-Land, Nordfriesland und Schleswig. In Flensburg-Land steuerte dieser Bereich 1970 etwa ein Viertel zum Bruttoinlandsprodukt bei. Welche Wandlung dennoch gerade in diesem Kreis vor sich gegangen ist, wird daran deutlich, daß die Land- und Forstwirtschaft 1961 noch fast die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftete. Die anderen drei Wirtschaftsbereiche

Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt in den Kreisen 1970

D - 4542



konnten also in nur neun Jahren ihre Wirtschaftsleistung ganz erheblich steigern. Nach den Berechnungen für 1970 liegen sie mit Anteilen zwischen 28,2% und 19,3% am Bruttoinlandsprodukt in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für den Kreis gleichauf.

In den Kreisen Schleswig, Nordfriesland und Ostholstein sind die übrigen Dienstleistungen der bedeutendste Wirtschaftsbereich. In Schleswig ist dieser Anteil am Bruttoinlandsprodukt deswegen so hoch, weil allein auf den Staatssektor fast ein Fünftel entfällt. Dies hängt wiederum damit zusammen, daß in der Stadt Schleswig aus historischen Gründen noch heute besondere staatliche Einrichtungen wie schleswig-holsteinisches Oberlandesgericht mit Staatsanwaltschaft, schleswig-holsteinisches Verwaltungsgericht und Landeskrankenhaus ihren Sitz haben. Zwischen 1961 und 1970 lagen die durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten der Wirtschaftsbereiche übrige Dienstleistungen und warenproduzierendes Gewerbe über dem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum im Kreis, so daß diese Bereiche sich gegenüber den Bereichen Land- und Forstwirtschaft und Handel, Verkehr und

Nachrichtenübermittlung relativ verstärken konnten. Vor allem die Land- und Forstwirtschaft büßte 8,5 Punkte ihres Anteils von 1961 ein.

In den Kreisen Nordfriesland und Ostholstein ist der Fremdenverkehr von besonders großer Bedeutung, was sich letzten Endes in den hohen Anteilen des Wirtschaftsbereiches übrige Dienstleistungen niederschlägt. In beiden Kreisen steuert vor allem auch deshalb der tertiäre Sektor mehr als die Hälfte zum Bruttoinlandsprodukt bei, und zwar in Nordfriesland 54,5% und in Ostholstein 56,6%. Auch in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen 1961 und 1970 sind zwischen beiden Kreisen Ähnlichkeiten festzustellen, wenn auch das Gewicht der einzelnen Bereiche unterschiedlich ist. Ihre Anteile erhöhten die übrigen Dienstleistungen in Ostholstein um 7,1 und in Nordfriesland um 6,9 Punkte und das warenproduzierende Gewerbe in Ostholstein um 4,8 und in Nordfriesland um 3,3 Punkte, während die Anteile von Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung in beiden Kreisen um 2,6 Punkte und von Land- und Forstwirtschaft in Ostholstein um 9,3 und in Nordfriesland um 7,6 Punkte zurückgingen.

Mit den obigen Ausführungen wurde versucht, die wesentlichen Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur der einzelnen Kreise darzustellen. Diese Beschreibung wurde für notwendig gehalten, weil heute eine Typisierung der Kreise nach dem früher gebrauchten Schema kaum noch zu brauchbaren Differenzierungen führt. Dafür ist der tertiäre Sektor bereits zu bestimmend.

Nach den Kreisberechnungen 1961 mit der damaligen Gebietseinteilung in 4 kreisfreie Städte und 17 Kreise führte eine Typisierung

noch zu einer guten Verteilung. Damals wurde jeder Kreis einem der folgenden vier Strukturtypen zugeordnet:

1. Landwirtschaftlich orientierte Kreise
2. Vom warenproduzierenden Gewerbe bestimmte Kreise
3. Vom Dienstleistungsbereich bestimmte Kreise
4. Gemischtwirtschaftlich orientierte Kreise

Die Kreise galten dann als einem der drei ersten Strukturtypen zugehörig, wenn der Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt des betreffenden Bereichs mehr als 40% betrug. Brachte keiner der Bereiche einen Anteil von mehr als 40%, so handelte es sich um einen gemischtwirtschaftlich orientierten Kreis. Erreichten zwei Wirtschaftsbereiche mehr als 40%, so gab der mit dem stärksten Gewicht den Ausschlag.

Danach gab es 1961 unter den insgesamt 21 Kreisen

- 9 vom warenproduzierenden Gewerbe und
- 8 vom Dienstleistungsbereich bestimmte Kreise sowie
- 3 gemischtwirtschaftlich und
- 1 landwirtschaftlich orientierten Kreis.

Nach diesem Schema gäbe es dagegen für 1970 in Schleswig-Holstein nur noch zwei Typen, und zwar vom warenproduzierenden Gewerbe und vom Dienstleistungsbereich bestimmte Kreise. Vom warenproduzierenden Gewerbe wurden 1970 nur noch die Kreise Stormarn, Dithmarschen, Pinneberg, Segeberg und Steinburg bestimmt, wobei mit Ausnahme von Stormarn und Dithmarschen auch der Beitrag des Dienstleistungsbereichs über 40% liegt.

Peter Möller

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht P 11 - 14 enthalten.

Produktionsrichtung und Spezialisierung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

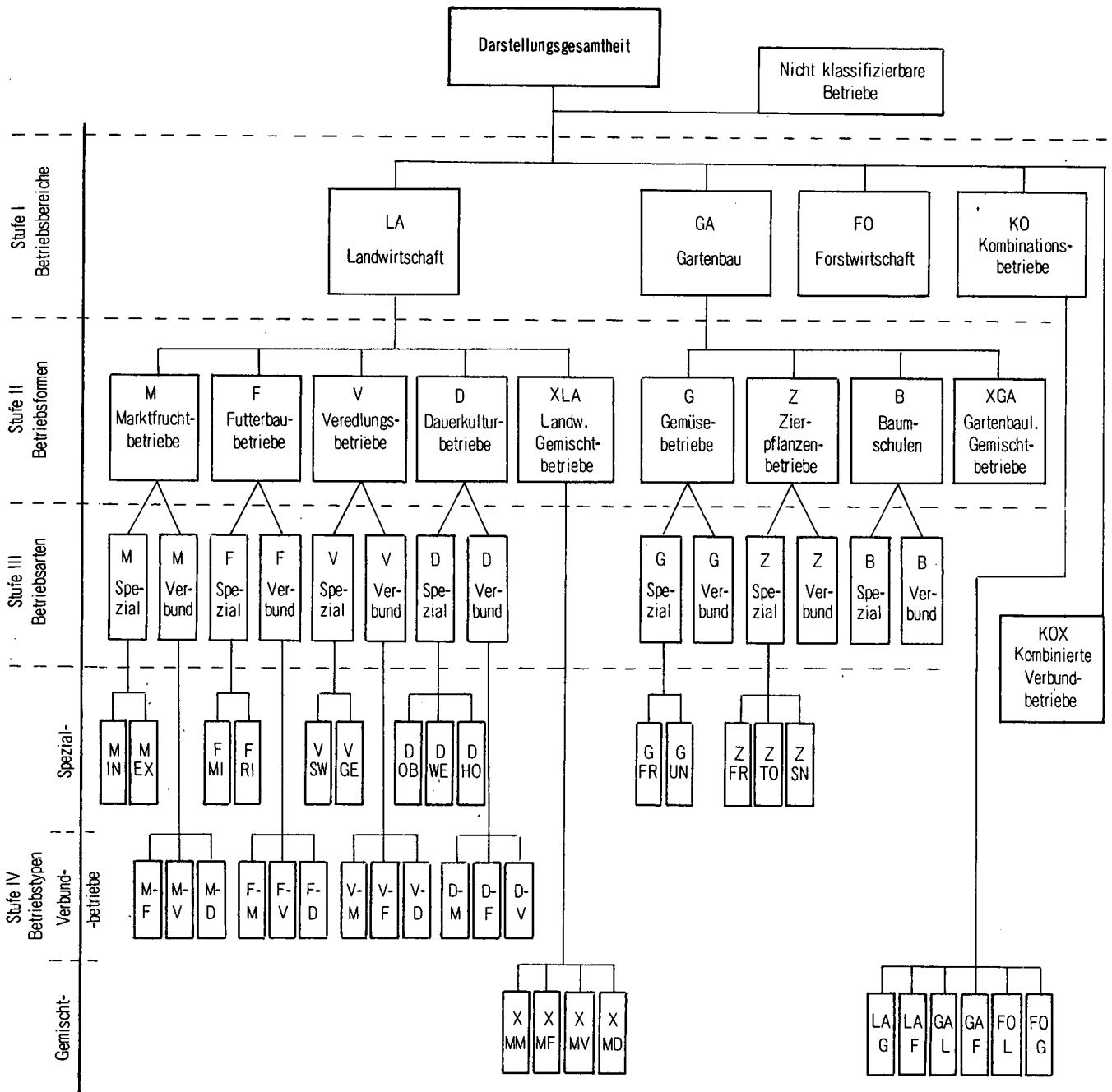
Bei der Landwirtschaftszählung 1971 wurden in Schleswig-Holstein insgesamt 44 879 land- oder forstwirtschaftliche Betriebe gezählt. Zu erfassen waren alle Einheiten, die aus mindestens einem Hektar land-, forst- oder fischwirtschaftlich genutzter Fläche bestanden, sowie kleinere oder flächenlose Einheiten mit einer jährlichen landwirtschaftlichen Marktproduktion im Werte von mindestens 4 000 DM.

Sämtliche Betriebsinhaber sind zweimal befragt worden, zuerst über ihre Anbauverhältnisse und Viehbestände und später über eine ganze Reihe verschiedener betrieblicher Einzelheiten. Aus

den Ergebnissen der ersten Befragung wurde für jeden Betrieb die Produktionsrichtung - ausgedrückt durch das Betriebssystem - ermittelt. Sie ergibt sich aus einem speziell hierfür entwickelten Klassifizierungsschema der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe. Das Verfahren wurde in Heft 5/1973 der Statistischen Monatshefte ausführlich beschrieben. In diesem Beitrag werden einige Ergebnisse der Klassifizierung dargestellt. Zuvor werden die Grundzüge der Klassifizierung kurz in Erinnerung gerufen:

Das Betriebssystem eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes wird durch die Zusammensetzung des sogenannten "Deckungsbeitrages" aus den einzelnen Betriebszweigen bestimmt. Der Deckungsbeitrag eines Betriebszweiges ergibt

Systematik der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe



Für die Klassifizierung gebildete Betriebszweige

Global-	Sektoral-	Spezial-Betriebszweig
Landwirtschaft (LA)	Marktfruchtbau (M)	Intensivfrüchte (MIN) Extensivfrüchte (MEX)
	Futterbau (F)	Milchviehhaltung (FMI) Rindermast (FRI)
	Veredelung (V)	Schweinehaltung (VSW) Geflügelhaltung (VGE)
	Dauerkulturen (D)	Obstbau (DOB) Weinbau (DWE) Hopfenbau (DHO)
Gartenbau (GA)	Gemüsebau (G)	im Freiland (GFR) unter Glas (GUN)
	Zierpflanzenbau (Z)	im Freiland (ZFR) Topfpflanzen (ZTO) Schnittblumen unter Glas (ZSN)
	Baumschulen (B)	
Forstwirtschaft (FO)		

Stufe in der Systematik	Art des zur Abgrenzung herangezogenen Betriebszweiges	Anteil dieses Zweiges am gesamten Standarddeckungsbeitrag
I Betriebsbereich	Globalzweig	75 % und mehr ¹
II Betriebsform	Sektoralzweig	50 % und mehr ²
III Betriebsart	Sektoralzweig	a) Spezial: 75 % und mehr b) Verbund: 50 – 75 %
IV Betriebstyp	a) Spezialzweig b) Verbund-Sektoralzweig	größer als andere Spezialzweige zweitgrößter Sektoralzweig

1) Erreicht kein Globalzweig die Bedingung, ergeben sich "Kombinationsbetriebe". Diese werden nach dem Globalzweig benannt, der 50 % und mehr erreicht. Werden von keinem Zweig 50 % erreicht, ergibt sich Typ KOX ("kombinierte Verbundbetriebe")

2) Erreicht kein Sektoralzweig die Bedingung, ergeben sich "Gemischbetriebe". Sie werden nach dem größten Sektoralzweig benannt

sich, wenn die "variablen Spezialkosten" (nur Sachkosten) vom Bruttoproduktionswert dieses Zweiges abgezogen werden. Die Deckungsbeiträge der einzelnen Betriebszweige werden zu einem Gesamtwert für den Betrieb addiert, die Anteile der einzelnen Betriebszweige am Gesamtwert des Betriebes sind die Kennziffern zur Bestimmung des Betriebssystems.

Die Deckungsbeiträge sind nicht einzelbetrieblich erfragbar. Sie werden daher anhand regional verfügbarer, durchschnittlicher Leistungs- und Aufwanddaten geschätzt. Für alle vorkommenden marktfähigen Produktionen des Bundesgebietes werden hierzu Deckungsbeiträge für unterdurchschnittliche, durchschnittliche und überdurchschnittliche Leistungsverhältnisse (Stufen) abgeleitet. Um die damit verbundene Standardisierung auszu-drücken, werden die abgeleiteten Werte als "Standarddeckungsbeiträge" bezeichnet.

Für jeden Kreis wird anhand der Produktions- und Preisstati-stiken bestimmt, welchen Leistungsstufen die dort ansässigen Betriebe bei den verschiedenen Erzeugnissen am besten ent-sprechen. Dabei werden verwandte Einzelproduktionen zusam-mengefaßt und gemeinsam eingestuft.

Bei der Grunderhebung zur Landwirtschaftszählung wurde fest-gestellt, was die Betriebe anbauen und wieviel Vieh sie halten. Die dabei ermittelten Daten jedes Betriebes werden mit den entsprechenden Standarddeckungsbeiträgen der für den jeweiligen Kreis gültigen Leistungsstufen multipliziert. Die Summe der Produkte ergibt den Standarddeckungsbeitrag des Betriebes. Die Anteile der Betriebszweige an diesem Wert bestimmen den Platz des Betriebes in einem bundeseinheitlichen Klassifizierungs-schemata (Abbildung siehe Seite 10).

Das Klassifizierungsschema enthält vier Gliederungsstufen:

Stufe I	Betriebsbereiche
Stufe II	Betriebsformen
Stufe III	Betriebsarten
Stufe IV	Betriebstypen.

Die Aussage wird von Stufe zu Stufe spezieller. Die Abbildung zeigt die weiteren Einzelheiten. Die Stufen und Fächer des Schemas sind durch bestimmte Anteilsspannen der verschiede-nen Betriebszweigarten am gesamten Standarddeckungsbeitrag abgegrenzt. Die Betriebszweigarten und Anteilsspannen sind unter dem Schema aufgeführt.

Da die schleswig-holsteinischen Kreise in sich zum Teil sehr heterogene landwirtschaftliche Produktionsvoraussetzungen bieten - zum Beispiel Marsch- und Geestböden, Sander- und Moränenflächen - mußten bei der Eingliederung der Kreise in die Leistungsstufen Kompromisse geschlossen werden. Aus diesem Grunde wird in Schleswig-Holstein neben der bundeseinheitlichen, an der Kreiseinstufung orientierten Aufbereitung noch eine zweite vorgenommen, der die Naturraumeinteilung des Landes zugrunde liegt. Die folgenden Landesergebnisse sind mit bundeseinheitlichen Standarddeckungsbeiträgen, die Natur-raumergebnisse dagegen mit den speziellen schleswig-hol-steinischen Verhältnissen angepaßten Standarddeckungsbei-trägen errechnet worden. Differenzen zwischen dem Landes-ergebnis und der Summe der Naturraumergebnisse haben hierin ihre Ursachen.

Betriebssysteme in der Land- und Forstwirtschaft

Von den insgesamt erfaßten 44 879 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ließen sich

1 003 Betriebe nicht klassifizieren, weil sie am Stichtag der Befragung zwar mehr als 1 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche bewirtschafteten, aber kein Vieh hielten oder keine Früchte anbauten, aus denen sich die Produktionsrichtung nach den bundeseinheitlichen Regeln ableiten ließe. Somit verbleiben insgesamt 43 876 klassifizierbare Betriebe. Wie die erste Tabelle zeigt, gehörten von diesen Betrieben 91% zum Betriebsbereich Landwirtschaft, 4% zum Betriebsbereich Gartenbau und weitere 4% zum Betriebsbereich Forstwirtschaft. 436 Betriebe, also rund 1% der Gesamtheit, ließ sich keinem der drei Bereiche zuordnen, da bei diesen Betrieben weder die landwirtschaftlichen noch die gartenbaulichen oder die forstwirtschaftlichen Betriebszweige 75% des gesamten Standarddeckungsbeitrages erreichten.

Klassifizierbare Betriebe nach Betriebsbereichen

Größenklasse nach der LF in ha	Betriebsbereich						Kombi- nations- betriebe	
	Land- wirtschaft		Gartenbau		Forst- wirtschaft		Anzahl %	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
unter 2	3 969	59	978	14	1 609	24	203	3
2 - 5	3 627	88	381	9	77	2	57	1
5 - 10	3 247	93	166	5	32	1	54	2
10 - 20	6 716	98	79	1	17	0	40	1
20 - 30	8 299	99	20	0	11	0	38	0
30 - 50	9 399	100	16	0	6	0	17	0
50 - 100	4 059	99	7	0	-	-	17	0
100 und mehr	720	98	3	0	2	0	10	1
Zusammen	40 036	91	1 650	4	1 754	4	436^a	1
darunter								
2 ha und mehr	36 067	97	672	2	145	0	233	1

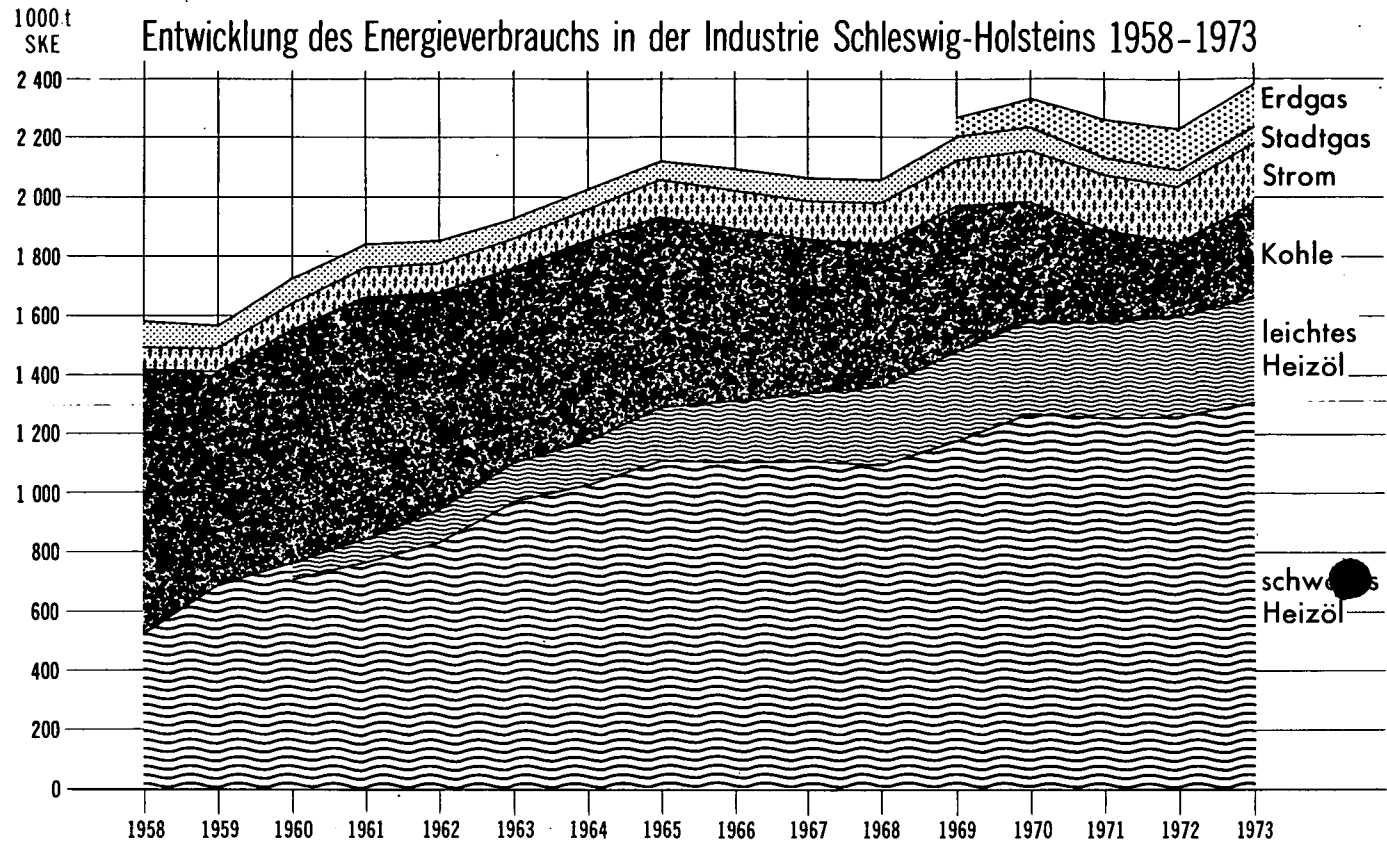
a) davon überwiegend Landwirtschaft 220
Gartenbau 118
Forstwirtschaft 98

In den Größenklassen ab 10 Hektar land-wirtschaftlich genutzter Fläche sind fast nur landwirtschaftliche Betriebe vorhanden. Von den kleineren Betrieben gehören rund 1 500 zum Bereich Gartenbau. Die starke Häufung der Forstbetriebe in der untersten Größen-klasse erklärt sich daraus, daß die Betriebe nicht nach Größenklassen der Forstfläche sondern nach Größenklassen der landwirt-schaftlich genutzten Fläche unterteilt wurden. In dieser Größenklasse sind einige Betriebe mit mehreren tausend Hektar Wald enthalten.

Die zweite Tabelle zeigt die Betriebe des Bereiches Landwirtschaft in der weiteren Untergliederung nach der Betriebsform. Dabei wurde die Betriebsform "Gemischtbetriebe", der ein Zehntel aller landwirtschaftlichen Betriebe angehören, nicht mit aufgeführt, da

DIE STRUKTUR DES INDUSTRIELLEN ENERGIEVERBRAUCHS

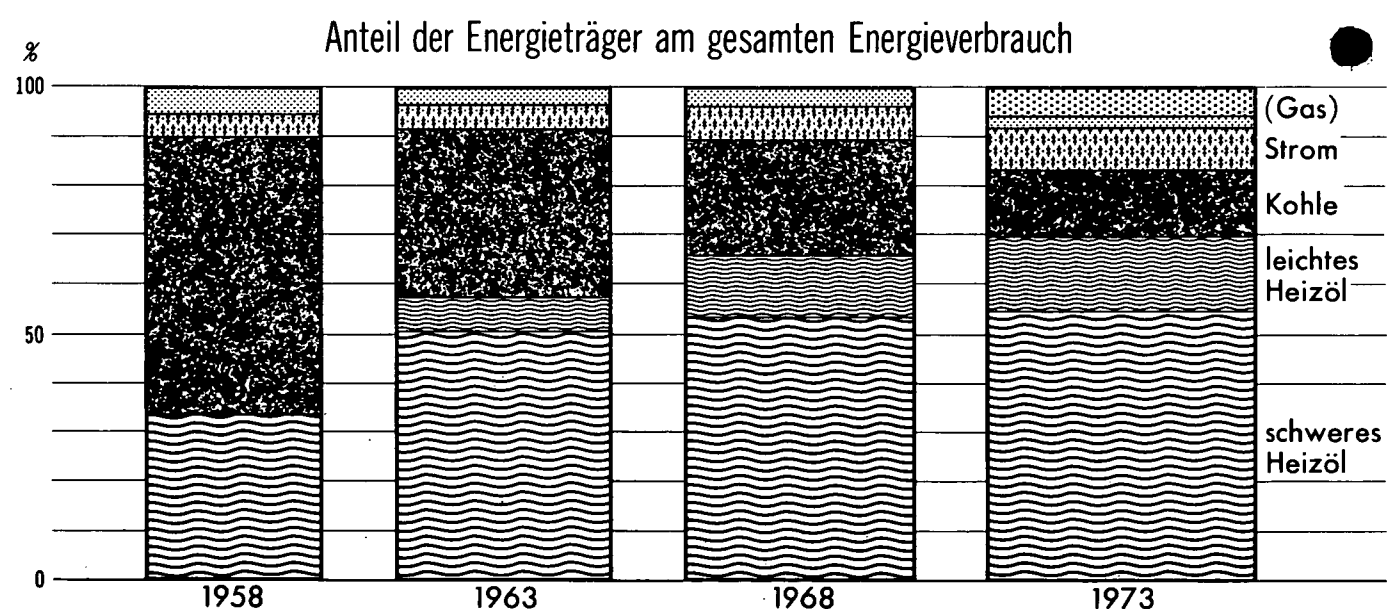
D-4546



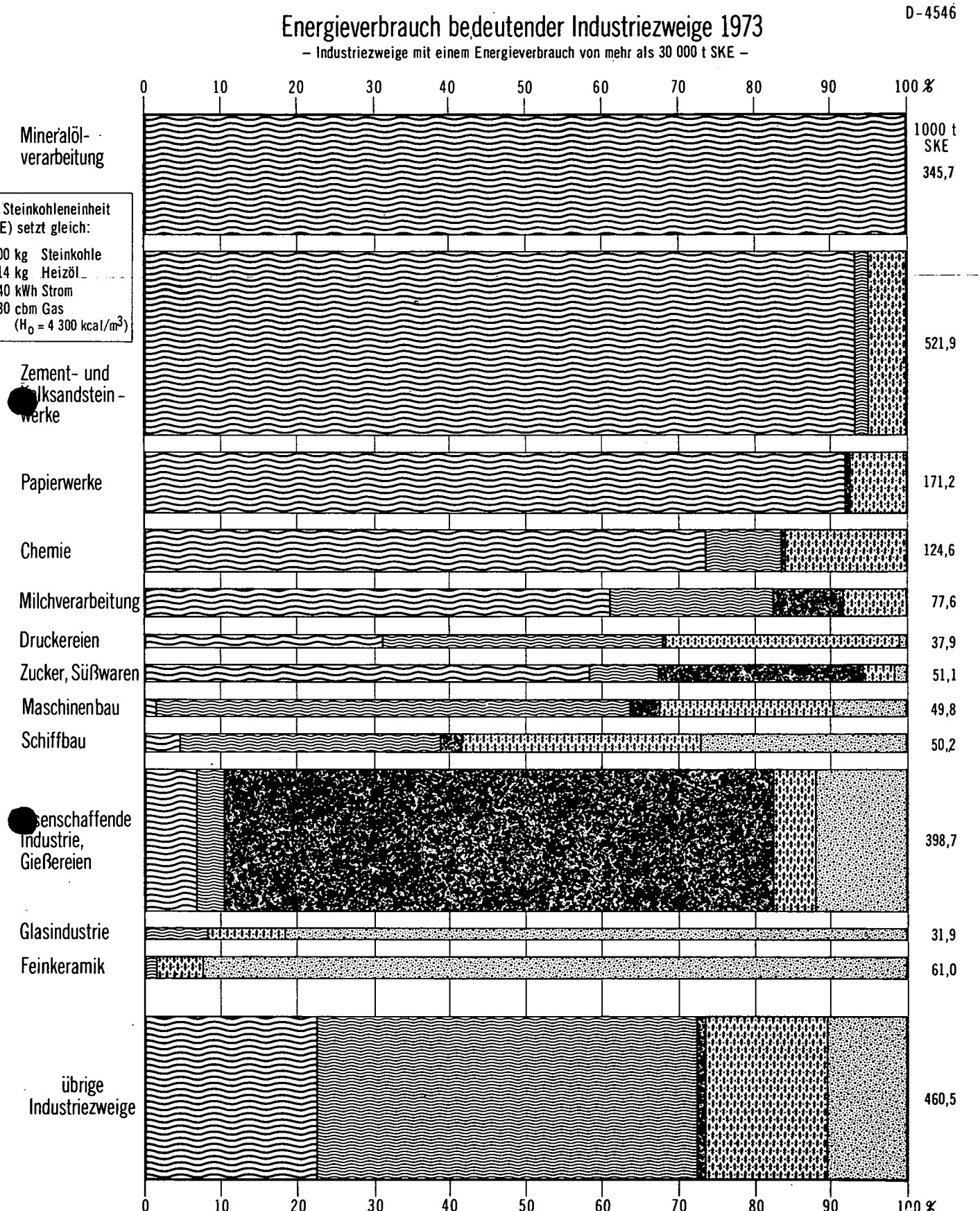
Die hier verwendeten Daten stammen aus den Monatsberichten der Betriebe der verarbeitenden Industrie. Die Verbrauchsmengen der einzelnen Energieträger wurden gemäß ihrem Heizwert auf Steinkohleneinheit (SKE) umgerechnet. Dabei wurde die elektrische Energie mit ihrem eigenen Wärmeinhalt bewertet, und nicht – wie früher veröffentlicht – mit dem Heizwert der für die Stromerzeugung verbrauchten Primärenergie (z. B. Kohle). Die in den betriebseigenen Anlagen erzeugte elektrische Energie wurde nicht mitgezählt, weil die hierfür eingesetzte Kohle oder das Heizöl schon im Energieverbrauch berücksichtigt sind. Obwohl die Industrie, wenn auch regional begrenzt, schon seit 1967 Erdgas bezieht, wird der Verbrauch in der amtlichen Statistik erst seit 1969 nachgewiesen.

Anstelle des noch nicht vorliegenden Jahresergebnisses 1973 wurden die Zahlen für den Zeitraum November 1972 bis Oktober 1973 eingesetzt.

Die im rechten Bild dargestellten Industriezweige (ohne die Restgruppe) verbrauchten 1973 mehr als vier Fünftel (81 %) des gesamten Energiebedarfs der Industrie. In diesen Zweigen arbeitet aber nur jeder zweite Industriebeschäftigte (47 %).



GRAFIK DES MONATS JANUAR 1974



GRAFIK DES MONATS JANUAR 1974

sie in der dritten Tabelle in anderem Zusammenhang ausgewiesen ist. Außerdem wurde die zahlenmäßig unbedeutende Betriebsform "Dauerkulturen" ausgelassen. In der Betriebsform Marktfrucht sind alle Betriebe enthalten, in denen 50% und mehr des Standarddeckungsbeitrages aus den Marktfrüchten wie: Getreide, Zuckerrüben, Kartoffeln, Feldgemüse stammen. Zur Betriebsform Futterbau rechnen alle Betriebe, in denen 50% und mehr des gesamten Standarddeckungsbeitrages aus den die Futterflächen verwertenden Tierhaltungen stammen. Veredelungsbetriebe sind schließlich solche, in denen der Standarddeckungsbeitrag überwiegend aus der Schweine- oder Geflügelhaltung erzielt wird. In den Gemischtbetrieben liefern weder Marktfrucht noch Futterbau noch Veredelung oder Dauerkulturen allein 50% des Standarddeckungsbeitrages.

Nach diesen Definitionen sind über zwei Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe Schleswig-Holsteins Futterbaubetriebe. 15% entfallen auf die Betriebsform Marktfrucht und 8% auf die Betriebsform Veredelung. In den restlichen 10% der Betriebe - den Gemischtbetrieben - liegen differenziertere Produktionsverhältnisse vor. In dieser Gruppe befinden sich aber auch nicht wenige Betriebe, in denen neben den landwirtschaftlich genutzten Flächen einige Hektar Wald vorhanden sind. Da ein Teil des Standarddeckungsbeitrages aus diesen Waldflächen stammt, erreichen weder Marktfrucht noch Futterbau noch Veredelung die 50%-Schwelle, so daß diese Betriebe in die Gruppe der Gemischtbetriebe fallen. Die landwirtschaftliche Produktionsstruktur dieser Gemischtbetriebe unterscheidet sich dann aber kaum von den Marktfrucht-, Futterbau- oder Veredelungsbetrieben.

Ausgewählte Betriebsformen
des Betriebsbereichs "Landwirtschaft"¹⁾

Größenklasse nach der LF in ha	Betriebe mit der Betriebsform					
	Marktfrucht		Futterbau		Veredelung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 2	522	13	1 228	31	1 980	50
2 - 5	631	17	2 242	62	515	14
5 - 10	447	14	2 274	70	254	8
10 - 20	620	9	5 266	78	241	4
20 - 30	646	8	6 658	80	156	2
30 - 50	1 203	13	6 828	73	119	1
50 - 100	1 257	31	2 045	50	62	2
100 und mehr	514	71	114	16	10	1
Zusammen	5 840	15	26 655	67	3 337	8

1) Betriebsbereich Landwirtschaft ohne 324 "Dauerkulturbetriebe" und 3 880 "Gemischtbetriebe"

Die in der Systematik als "Betriebsform" bezeichnete Gliederungsstufe macht die landwirtschaftliche Produktionsrichtung der Betriebe am besten sichtbar. In ihr treten vor allen Dingen die Unterschiede zwischen den einzelnen Betriebsgrößenklassen deutlich in Erscheinung. So entfallen die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe unter 2 ha Größe auf die Betriebsform Veredelung. Es handelt sich hier in erster Linie um nebenerwerbsmäßig betriebene Schweinehaltungen und zum anderen um einige große gewerbliche Schweine- oder Geflügelhaltungsbetriebe. Die folgenden Tabellenzeilen zeigen, in wie starkem Maße die schleswig-holsteinischen Familienbetriebe auf die Betriebsform Futterbau-Rindviehhaltung eingestellt sind. Zwischen 10 und 30 ha Größe entfallen rund 80% aller Betriebe auf diese Gruppe. Auch in der nächsten Größenklasse sind noch fast drei Viertel aller Betriebe überwiegend auf Rindviehhaltung eingestellt. Mit zunehmender Flächenausstattung tritt dann die Erzeugung marktfähiger Bodenerzeugnisse immer mehr in den Vordergrund. In der Größenklasse 50 bis 100 Hektar ist nur noch die Hälfte aller Betriebe auf den Futterbau ausgerichtet. In fast einem Drittel überwiegt bereits der Marktfruchtbau, der ab 100 Hektar Größe schließlich in drei Viertel aller Betriebe die Betriebsform bestimmt. In dieser Gruppe befinden sich z. B. die flächenreichen Betriebe des östlichen Hügellandes mit umfangreichem Getreide- und Rapsanbau.

Spezialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe

Insbesondere aus der dritten Stufe der Systematik läßt sich ersehen, wie weit die Betriebe spezialisiert sind. Erreicht in einem Betrieb einer der vier Betriebszweige Marktfruchtbau, Futterbau, Veredelung oder Dauerkulturen 75% und mehr des gesamten Standarddeckungsbeitrages, so handelt es sich um einen Spezialbetrieb. Werden dagegen 50 bis 75% erreicht, so liegt ein Verbundbetrieb vor und erreicht keiner dieser Zweige 50%, so gehört der Betrieb zur Gruppe der Gemischtbetriebe.

Nach diesen Definitionen sind gut 50% aller landwirtschaftlichen Betriebe Schleswig-Holsteins Verbundbetriebe, knapp 40% Spezialbetriebe und rund 10% Gemischtbetriebe. Der Anteil der Spezialbetriebe ist in der untersten Betriebsgrößenklasse am höchsten. Das ist verständlich, denn, wie bereits gesagt, handelt es sich hier zur Hauptsache um reine Schweine- oder Geflügelhaltungen. Mit wachsender Betriebsgröße werden die Betriebe vielseitiger mit Ausnahme der Großbetriebe, von denen wiederum 40% Spezialbetriebe sind.

Betriebe des Bereichs Landwirtschaft
nach dem Ausmaß der Spezialisierung

Anteile der Betriebsformen und -arten an der LF
der Betriebe des Bereichs Landwirtschaft 1971

Größenklasse nach der LF in ha	Von allen Betrieben des Bereichs Landwirtschaft waren					
	Spezialbetriebe		Verbundbetriebe		Gemischtbetriebe	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Schleswig-Holstein						
unter 2	3 190	80,4	717	18,1	62	1,6
2 - 5	2 304	63,5	1 154	31,8	169	4,7
5 - 10	1 727	53,2	1 288	39,7	232	7,1
10 - 20	2 379	35,4	3 770	56,1	567	8,4
20 - 30	2 244	27,0	5 226	63,0	829	10,0
30 - 50	2 268	24,1	5 887	62,6	1 244	13,2
50 - 100	921	22,7	2 443	60,2	695	17,1
100 und mehr	284	39,4	354	49,2	82	11,4
Zusammen	15 317	38,3	20 839	52,1	3 880^a	9,7
Bundesgebiet						
unter 2	91 613	62,8	44 335	30,4	9 952	6,8
2 - 5	71 385	34,1	105 422	50,4	32 438	15,5
5 - 10	45 115	21,8	114 058	55,1	47 953	23,2
10 - 20	44 998	18,1	130 748	52,5	73 121	29,4
20 - 30	18 900	17,7	56 394	52,7	31 762	29,7
30 - 50	11 973	20,7	30 618	53,0	15 218	26,3
50 - 100	4 977	28,4	8 917	50,9	3 638	20,8
100 und mehr	1 375	44,6	1 354	44,0	351	11,4
Zusammen	290 336	29,1	491 846	49,4	214 433	21,5

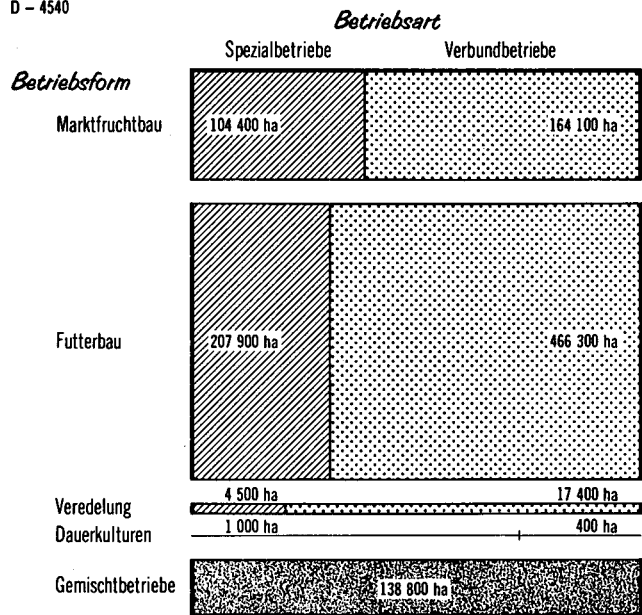
a) davon mit größtem Betriebszweig

Marktfruchtbau	1 118 (29 %)
Futterbau	2 308 (59 %)
Veredelung	442 (11 %)
Dauerkulturen	12 (0 %)

Wir hatten gesehen, daß in den mittleren Betriebsgrößenklassen 70 bis 80% der Betriebe auf die Betriebsform Futterbau entfallen. Jetzt kann ergänzt werden, daß es sich zur Hauptsache um Futterbauverbundbetriebe handelt, in denen Futterbau-Rindviehhaltung überwiegend verbunden mit Marktfruchtbaubetrieben wird.

Von den 15 300 Spezialbetrieben sind 7 700 auf Milchviehhaltung und knapp 2 600 auf Rindermast spezialisiert. Es folgen 2 150 extensive Marktfruchtbetriebe und 1 565 spezielle Schweinehaltungen. Weitere knapp 600 Betriebe sind auf Geflügelhaltung spezialisiert und nur 450 auf intensiven Marktfruchtbau (Kartoffeln, Zuckerrüben). Ein Vergleich mit den Bundeszahlen zeigt, daß die schleswig-holsteinischen Betriebe in den Größenklassen bis 100 Hektar weit häufiger spezialisiert sind, als im übrigen Bundesgebiet. In fast allen Größenklassen ist der Anteil der Gemischtbetriebe im nördlichsten Bundesland weit unterdurchschnittlich. Da in den anderen Bundesländern der Wald zumeist eine größere Rolle spielt als bei uns, dürfte der höhere Anteil von Gemischtbetrieben zum Teil durch Betriebe mit untergeordneten Anteilen des

D - 4540



Waldes am Standarddeckungsbeitrag begründet sein.

Unsere Grafik zeigt, in welchen Betriebsformen und -arten die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) Schleswig-Holsteins bewirtschaftet wird. Hier wird nochmals das große Gewicht der Futterbau-Verbundbetriebe deutlich sichtbar. Auf sie entfallen allein 466 000 ha der insgesamt 1,1 Millionen Hektar großen LF. Den zweitgrößten Flächenanteil nehmen mit 208 000 ha die Futterbau-Spezialbetriebe ein. Mit 164 000 Hektar folgen die Marktfrucht-Verbundbetriebe an dritter Stelle. In etwas geringerer Größenordnung liegt mit 104 000 ha der Flächenanteil der Marktfruchtspezialbetriebe. Die Veredelungs- und Dauerkulturbetriebe sind demgegenüber flächenmäßig von untergeordneter Bedeutung.

Regionale Unterschiede

Es ist im Rahmen dieses Beitrages nicht möglich, auf alle zum Thema gehörenden Regionaldaten einzugeben. Daher werden nur Naturraumdaten wiedergegeben, denn sie machen die Strukturunterschiede besser sichtbar als die Kreisdaten. Auch dabei ist es hier nicht möglich, gleichzeitig die Unterschiede zwischen den Betriebsgrößen darzustellen. Wir beschränken uns daher auf die Summe der Betriebe, jedoch ohne die Kleinbetriebe unter 2 Hektar, weil es sich bei diesen in allen Regionen zur Hauptsache um Veredelungsbetriebe - also Schweine- oder Hühnerhalter - handelt.

Wie eingangs erwähnt, sind die Naturraumdaten mit speziell für Schleswig-Holstein entwickelten Standarddeckungsbeiträgen errechnet, im Gegensatz zu den bereits dargestellten Landesergebnissen, bei denen bundeseinheitliche Werte zum Ansatz kamen. Die Naturraumdaten lassen sich jedoch ebenfalls zu einem Landesergebnis addieren.

Die folgende Tabelle zeigt hierzu, wie sich die bisher für das Land angesprochenen Gesamtergebnisse ändern, wenn wir uns einmal auf die Betriebe ab 2 Hektar Größe beschränken und zum anderen auf die Naturraumrechenwerte übergehen.

Klassifizierung landwirtschaftlicher Betriebe nach bundeseinheitlicher und landeseigener Aufbereitung

Betriebsform	Berechnung mit					
	bundeseinheitlichen Standarddeckungsbeiträgen				landeseigenen	
	Betriebe insgesamt		Betriebe ab 2 ha LF		Betriebe ab 2 ha LF	
Betriebsart	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Marktfruchtbau	5 840	15	5 318	15	4 923	14
Futterbau	26 655	67	25 427	70	27 106	75
Veredelung	3 337	8	1 357	4	1 192	3
Gemischtbetriebe	3 880	10	3 818	11	2 672	7
Spezialbetriebe	15 317	38	12 127	34	15 815	44
Verbundbetriebe	20 839	52	20 122	56	17 559	49
Zusammen	40 036	100	36 067	100	36 046	100

Bei den Betrieben ab 2 Hektar Größe ist der Anteil der Veredelungsbetriebe erwartungsgemäß geringer, als in der Gesamtheit der Betriebe. Beim Übergang zu den schleswig-holsteinischen Standarddeckungsbeiträgen werden darüber hinaus erheblich mehr Betriebe als Futterbaubetriebe und hier wiederum als Spezialbetriebe eingestuft. Das liegt vor allen Dingen daran, daß die Standarddeckungsbeiträge für Milch hier höher sind, als beim Bundesansatz. Die Standarddeckungsbeiträge für das zu den Marktfrüchten rechnende Futtergetreide sind in Schleswig-Holstein dagegen meist etwas niedriger, weil etwas geringere Erzeugerpreise und höhere variable Kosten als im Bund unterstellt werden¹.

Da im gesamten Land drei Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe auf die Betriebsform Futterbau entfallen, ist es nicht verwunderlich, wenn diese Betriebsform auch in den meisten Naturräumen dominiert. An der

Spitze stehen hier Eiderstedt und die Eider-Treene-Niederung, wo 95% aller Betriebe auf die Futterbaugruppe entfallen. Futterbau ist in Schleswig-Holstein überall gleichzusetzen mit Rindviehhaltung. Da in diesen Naturräumen die übrige Wirtschaft relativ schwächer entwickelt ist, wird in den Zahlen besonders deutlich, wie stark diese Region von den Preisproblemen auf dem Milch- und Rindfleischsektor abhängig ist. Ebenfalls weit überdurchschnittlich hoch ist der Anteil der Futterbaubetriebe in den Naturräumen der Hohen Geest und der Vorgeest, jeweils mit Ausnahme der südlichen Einzelräume.

Auf die Betriebsform Marktfrucht entfallen im ganzen Land nur 15% aller Betriebe mit 2 und mehr ha LF. Ausgesprochen vorherrschend ist diese Betriebsform nur in Nordoldenburg/Fehmarn, wo Betriebsgrößenstruktur, Böden und Klima den Getreide- und Rapsanbau stark begünstigen. Immerhin mehr als ein Drittel aller Betriebe entfallen auch in der Dithmarscher Marsch auf diese Betriebsform. Auch dort handelt es sich um größere Betriebe, vor allem mit Getreide- und Rapsanbau, daneben jedoch auch mit Zuckerrüben- und Feldgemüsebau. Ebenfalls überdurchschnittlich ist der Anteil der Marktfruchtbetriebe schließlich in den Kögen der Nordfriesischen Marsch und - räumlich entgegengesetzt - in den südöstlichen Naturräumen des Landes, wo verbreitet größere Betriebe mit umfangreichen Getreideflächen vorhanden sind.

Die Betriebsform Veredelung fällt in Schleswig-Holstein zahlenmäßig kaum ins Gewicht, zumal dann, wenn die Betriebe unter 2 ha Flächengröße aus der Darstellung ausgelassen werden. Gewisse Schwerpunkte zeigen sich jedoch in den Hamburg umgebenden Naturräumen. Bei dieser Betriebsform sollten allerdings die Gemischtbetriebe mit in die Betrachtung einbezogen werden. Zumindestens in Angeln ist der überdurchschnittlich hohe Anteil dieser Betriebsform auf stärkere Veredelungsbetriebszweige in den dort vorhandenen Betrieben zurückzuführen. Auch in einigen anderen Räumen - z. B. in Dithmarschen, den Elbmarschen, der Nordfriesischen Marsch und Teilen des östlichen Hügellandes - gilt die gleiche Begründung. In den walddreicheren Naturräumen des Südostens dagegen findet der höhere Anteil der Gemischtbetriebe an der Gesamtzahl der Betriebe, wie oben schon erwähnt, hauptsächlich darin eine Erklärung, daß in vielen Betrieben ein Teil des Standarddeckungsbeitrages aus der Bewirtschaftung des Waldes bezogen wird. Die relativen Anteile der sonst vorherrschenden Betriebszweige Futterbau oder Marktfruchtbau erreichen dadurch viel-

1) Einzelheiten siehe Statistische Berichte C/Landwirtschaftszählung 1971 - 5 vom 19. 9. 1973, S. 17 bis 19

Produktionsrichtung und Spezialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe in den Naturräumen

Betriebe mit 2 und mehr ha LF

Naturraum	Landwirtschaftliche Betriebe mit 2 und mehr ha LF						
	insgesamt	und zwar mit der				Betriebsart	
		Anzahl	Marktfruchtbau	Futterbau	Veredelung	Gemischt	Spezialbetrieb
		%					
681 Nordfriesische Marschinseln und Halligen	368	16,6	80,4	1,1	1,9	69,3	28,8
682 Nordfriesische Marsch	1 099	20,0	70,1	2,5	7,4	44,7	48,0
683 Eiderstedter Marsch	1 121	1,8	95,4	1,8	1,0	88,9	10,1
684 Dithmarscher Marsch	1 559	36,4	53,6	2,9	7,1	39,0	53,9
671 Holsteinische Elbmarschen	1 390	5,0	80,2	2,4	6,7	61,8	31,5
Marsch	5 537	16,9	73,8	2,3	5,5	58,0	36,6
680 Nordfriesische Geestinseln	361	7,5	89,8	1,4	1,4	61,2	37,4
690 Lecker Geest	761	7,8	87,8	1,3	3,2	67,1	29,7
691 Bredstedt-Husumer-Geest	1 977	4,2	90,6	2,8	2,3	64,0	33,7
692 Eider-Treene-Niederung	1 290	1,9	94,4	2,6	1,1	83,2	15,7
693 Heide-Itzehoe-Geest	3 864	4,7	87,5	4,0	3,8	52,0	44,2
694 Barmstedt-Kisdorfer Geest	1 348	4,2	86,1	5,3	4,2	49,6	46,3
695 Hamburger Ring	1 395	9,7	78,1	4,9	5,9	48,9	45,2
696 Lauenburger Geest	465	25,8	48,2	6,5	18,7	17,4	63,9
Hohe Geest	11 461	6,0	86,0	3,7	4,0	56,8	39,2
697 Schleswiger Vorgeest	3 340	5,2	89,6	1,8	3,4	51,1	45,4
698 Holsteinische Vorgeest	2 474	6,8	83,8	4,4	5,0	43,9	51,1
760 Südmecklenburgische Niederungen	180	45,6	28,9	2,2	22,2	16,7	61,1
Vorgeest	5 994	7,1	85,4	2,9	4,6	47,1	48,3
700 Angeln	2 664	11,9	67,9	4,2	15,9	19,2	64,9
701 Schwansen, Dänischer Wohld und Amt Hütten	1 545	18,3	68,7	3,5	9,6	26,4	64,0
702a Ostholsteinisches Hügel- und Seenland (NW)	3 079	18,1	70,9	2,9	7,8	28,2	64,0
702b Ostholsteinisches Hügel- und Seenland (SO)	4 650	23,7	57,4	4,0	14,5	23,4	62,1
703 Nordoldenburg und Fehmarn	591	70,4	22,8	0,8	5,8	47,5	46,7
750 Westmecklenburgisches Seen- und Hügel-land	525	37,7	37,1	3,6	21,0	21,7	57,3
Hügel-land	13 054	22,0	61,7	3,6	12,5	25,1	62,4

fach nicht die zur Einordnung als Verbundbetrieb erforderliche 50%-Schwelle.

Nimmt man die wechselnden Anteile der Spezial-, Verbund- und Gemischtbetriebe an der jeweiligen Gesamtzahl landwirtschaftlicher Betriebe in den einzelnen Naturräumen zum Gradmesser vielseitiger oder spezialisierter Landwirtschaft, so erweist sich der als landwirtschaftlich homogen bekannte Naturraum Angeln neben der kleineren Lauenburger Geest als das Gebiet mit den vielseitigsten Betrieben. Nur 19% aller landwirtschaftlichen Betriebe mit 2 und mehr ha Größe sind in Angeln Spezialbetriebe. 65% sind Verbundbetriebe und 16% Gemischtbetriebe. Futterbau-Rindviehhaltung, Marktfruchtbau und Veredelung sind in vielen Betrieben in jeweils gewichtigem Ausmaß kombiniert. Das gegenläufige Bild bietet Eiderstedt mit fast 90% Spezialbetrieben. Sie gehören fast ausschließ-

lich zur Betriebsform Futterbau. Zwar überwiegt dabei der Spezialbetriebstyp Milchviehhaltung, andererseits ist in dem relativ kleinen Naturraum erwartungsgemäß die höchste Zahl spezialisierter Rindermastbetriebe vorhanden. Auch in den übrigen Futterbaustandorten des Landes sind die Betriebe überdurchschnittlich häufig spezialisiert. Bei den in der Tabelle wiedergegebenen Anteilsszahlen ist allerdings immer zu bedenken, daß die vielen Veredelungsspezialbetriebe unter 2 ha und die in anderem Zusammenhang als Spezialbetriebe bekannten Einheiten des Betriebsbereichs Gartenbau hier unberücksichtigt bleiben.

Ausführliches, nach Naturräumen und Kreisen gegliedertes Zahlenmaterial über die Ergebnisse der Betriebsklassifizierung ist im Statistischen Bericht C/Landwirtschaftszählung 1971 - 5 veröffentlicht worden.

Dr. Dieter Mohr

Auftragseingänge und -bestände im Bauhauptgewerbe 1971 bis 1973

Mit Rechtsverordnungen vom 18. 12. 1970 hat die Bundesregierung Erhebungen über die Auftragseingänge und Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe angeordnet. Beide Statistiken dienen der kurzfristigen Wirtschaftsbeobachtung. Ihr besonderer Wert liegt darin, daß sie die Möglichkeit bieten, Aufschlüsse über die zukünftige konjunkturelle Situation in einem volkswirtschaftlich nicht unbedeutenden Wirtschaftsbereich zu gewinnen. Bei der Aufbereitung sind neben der Gliederung der Aufträge nach Bauarten und Auftraggebern auch regionale Daten – bei Auftragsbeständen bis hin zu Kreisergebnissen – vorgesehen. Abweichend von dem Zuschätzungsverfahren in der monatlichen Bauberichterstattung, wo die erhobenen Daten für Beschäftigte, Umsätze und geleistete Arbeitsstunden der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten nach den Verhältnissen der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (Stichtag: 30. 6.) zu Ergebnissen für das gesamte Bauhauptgewerbe ergänzt werden, beschränken sich Auftragseingänge und -bestände auf tatsächlich erhobene Werte der Betriebe (einschließlich Arbeitsgemeinschaften) mit 20 und mehr Beschäftigten. Dabei werden Antwortausfälle, die immer auftreten, wenn aktuelle Ergebnisse erforderlich sind, entsprechend der Entwicklung, wie sie sich in den gegebenen Antworten darstellt, berücksichtigt. Die Auftragseingänge werden, wie die laufende Bauberichterstattung, monatlich, die Auftragsbestände zum Ende eines jeden Vierteljahres erhoben. Einschränkung ist darauf hinzuweisen, daß die Daten lediglich die Auftragslage der in Schleswig-Holstein ansässigen Baubetriebe wiedergeben. Es fehlen die Aufträge schleswig-holsteinischer Bauherren an Betriebe außerhalb des Landes (z. B. in Hamburg, Niedersachsen), die zur Darstellung des gesamten Baumarktes im Lande Schleswig-Holstein erforderlich wären. Außerdem sind Aufträge an ausländische Baufirmen, soweit sie nicht ihren Sitz in Schleswig-Holstein haben, nicht enthalten, da die Erhebung bei den Auftragnehmern und nicht bei den Auftraggebern ansetzt.

Als Auftragseingang sind die im abgelaufenen Kalendermonat eingegangenen und fest akzeptierten Bauaufträge entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen in DM (ohne Umsatzsteuer) anzugeben. Werden Aufträge durch Arbeitsgemeinschaften abgewickelt, sind diese in die erste Meldung der Arbeitsgemeinschaft aufzunehmen. Sie dürfen nicht noch einmal von den Gesellschaftern der Arbeitsgemeinschaften in den eigenen Betrieben gemeldet werden. Maßgebend für die regionale Zuordnung ist die Lage der künftigen Baustelle (Bundesland) und nicht der Sitz des ausführenden Baubetriebes. Unverbindlich für einen späteren Zeitpunkt vorgemerkte Aufträge sowie die Annullierung von Aufträgen werden nicht berücksichtigt.

Als Auftragsbestand sind alle fest akzeptierten, aber noch nicht ausgeführten Aufträge nach dem wertmäßigen Stand am Ende des jeweiligen Berichtsvierteljahres zu melden. Die Bewertung soll dabei grundsätzlich mit den Preisen vorgenommen werden, die im

Zeitpunkt des Auftragseinganges gelten. Aufträge, deren Abwicklung einen längeren Zeitraum beanspruchen und die mit Preisgleitklauseln versehen sind, sollen mit den Preisen bewertet werden, die sich aus den entsprechenden Vertragsbestimmungen ergeben. Der Auftragsbestand wird ermittelt, indem vom Auftragswert bereits im Bau befindlicher Projekte derjenige Teil abgesetzt wird, der nach Anlegung eines geeigneten wirtschaftlichen Maßstabes schon produziert worden ist. Als Maßstab kommen u. a. in Betracht: Anteil der bereits geleisteten Arbeitsstunden oder Anteil des bereits verbrauchten Materialwertes an den jeweils vorgesehenen Gesamtgrößen. Im Sinne der Auftragsbestandsstatistik gilt daher ein Bauwerk als erstellt, wenn es produktions-technisch fertiggestellt ist. Der Zeitpunkt der Bauabnahme oder Abrechnung ist hier ohne Belang. Die Auftragsbestände werden nach Kreisen gegliedert erhoben; maßgeblich für die regionale Zuordnung ist auch hier die Lage der Baustelle und nicht der Sitz der Baufirma.

Hinsichtlich der Vollständigkeit der Auftragsdaten ist noch zu bemerken, daß mit dem erhobenen Firmenkreis (20 und mehr Beschäftigte) schätzungsweise zwischen 80% und 85% der Gesamtmasse dargestellt werden. Bei dieser einfachen Verhältnisschätzung wurden die Merkmale Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden, Löhne und Gehälter sowie Umsatz zugrunde gelegt, wie sie sich aus der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe zum 30. 6. 1972 ergeben haben. Es erscheint somit vertretbar, die partiellen Ergebnisse als hinreichend aussagefähig für die Veränderungen der Auftragslage im gesamten Bauhauptgewerbe des Landes anzusehen. Dabei muß allerdings unterstellt werden, daß Auftragseingänge und Auftragsbestände bei den "kleineren" Bau-firmen sich nicht wesentlich anders verhalten als bei den befragten größeren.

Auftragseingänge 1971 und 1972

Von schleswig-holsteinischen Baubetrieben (20 und mehr Beschäftigte) wurden im Jahre 1971 für rund 1,8 Mrd. DM Aufträge für Hoch- und Tiefbauten hereingenommen. Im folgenden Jahr belief sich der Auftragswert bereits auf fast 2,2 Mrd. DM, das sind nahezu 22% mehr als im vorhergehenden Jahr. Um das hinter

diesen Werten stehende reale Auftragsvolumen annähernd in den Griff zu bekommen, muß man versuchen, die inzwischen eingetretenen Preissteigerungen mittels eines geeigneten Deflationierungsfaktors wie dem Preisindex für Wohngebäude auszuschalten. Danach ergibt sich von 1971 auf 1972 eine mengenmäßige Zunahme des Auftragsvolumens um etwa 15%. Unterstellt man, daß keine nennenswerten Auftragsannullierungen vorkamen, dann hat das Bauhauptgewerbe entweder um 15% "mehr" gebaut oder um 15% "besser". Diese Aussage ist reichlich theoretisch; in Wirklichkeit werden sowohl quantitative als auch qualitative Zuwächse eingetreten sein. Betrachtet man die Auftragsentwicklung nach Bauarten und Auftraggebern, dann zeigt sich ein deutlicher Entwicklungsunterschied zwischen Hochbau und Tiefbau; im ersteren stieg die Summe der Auftragseingänge von 1971 auf 1972 um gut ein Drittel (!), während im Tiefbau die Zuwachsrate lediglich 1,7% betrug, was in etwa der Preissteigerungsrate für diesen Bereich entspricht. Mit anderen Worten: von den Auftraggebern im Tiefbau, das sind überwiegend Gebietskörperschaften, ist 1972 kein größeres Bauvolumen (konkret: Straßen, Brücken u.ä.) als im Jahr davor in Angriff genommen worden. Die Ausführung der Aufträge beginnt erst eine längere oder kürzere Zeit nach der Erteilung, und ihre Durchführung erstreckt sich möglicherweise über mehrere Jahre. Diese Umstände zeigen einmal den Wert der Auftragsdaten als Frühindikator, schränken aber andererseits die Verwertbarkeit ein, da im Einzelfall nicht bekannt ist, wann der zu einem bestimmten Zeitpunkt erteilte Auftrag zu konkreten Bauarbeiten führt und wie lange diese andauern. Diese Tatsache, als "time-lag" auch anderswo bekannt und wirksam, führt dann zu unerwünschten Friktionen im Wirtschaftsablauf. Massierte Zurückhaltung von Auftragsvergaben in Boomperioden kann daher prozyklisch, statt wie beabsichtigt antizyklisch wirken und umgekehrt.

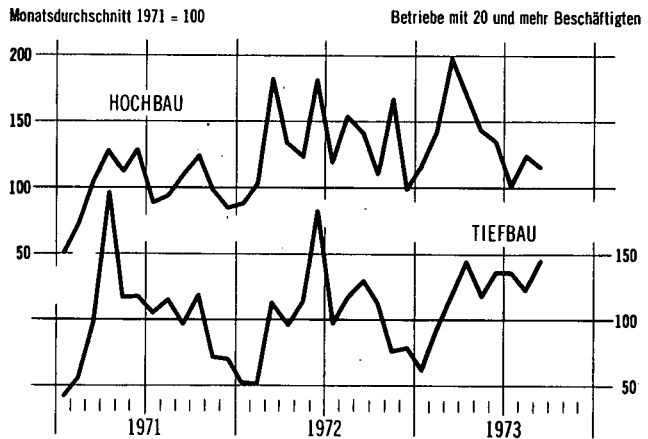
Der Erfolg wirtschaftspolitischer Maßnahmen im allgemeinen und auf dem Bausektor im besonderen hängt daher nicht zuletzt von der richtigen zeitlichen Abstimmung der verschiedenen Maßnahmen ab.

Auftragseingänge im Zeitablauf

Die Beobachtungsreihen sind noch zu kurz, um etwaige "Gesetzmäßigkeiten" mit hinreichender Sicherheit festzustellen. Der erste Eindruck beim Betrachten der nachstehenden Grafiken läßt sich vielmehr dahingehend zusammenfassen, daß der Kurvenverlauf erheblich unregelmäßig ist. Am niedrigsten liegen die Auftragseingänge jeweils um die

D - 4538

Monatliche Auftragseingänge im Hochbau und im Tiefbau 1971-1973 in Meßzahlen



Jahreswende. Das gilt sowohl für den Hochbau als auch für den Tiefbau. Außerdem zeigt sich eine, wenn auch schwache Parallelität der Auftragsentwicklung zwischen Hochbau und Tiefbau. Das ist umso erstaunlicher, als die Nachfragestruktur für Hochbauten, wo der Wohnungsbau etwa die Hälfte des Volumens ausmacht, von der des Tiefbaus, wo die Gebietskörperschaften eindeutig vorherrschen, erheblich abweicht. Die Vergabepaxis der öffentlichen Hände im Tiefbau läßt (noch) jene Stetigkeit vermissen, die für eine kontinuierliche Auslastung der Tiefbaukapazitäten wünschenswert wäre. Das noch immer geltende Prinzip der "Einjährigkeit" der öffentlichen Haushalte bewirkt eine Häufung der Tiefbauaufträge in der Zeit unmittelbar nach ihrer Verabschiedung. Mittels längerfristig angelegter Investitionshaushalte wird heute allerdings bewußt eine Verstetigung der Beschäftigung im Tiefbau angestrebt. Ob das aber bereits in diesem Jahr, wie es nach dem Kurvenverlauf den Anschein hat, gelungen ist, muß vorerst offen bleiben, da erstens die Entwicklung für das volle Jahr 1973 noch nicht zu übersehen ist, und zweitens wegen der allgemeinen konjunkturellen Situation eine massive Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivitäten unumgänglich war. Das (vorläufige) monatliche Maximum der Auftragseingänge im Tiefbau ist 1973 folglich mit rund 80 Mill. DM auch merklich schwächer ausgefallen als im Vorjahr, wo 100 Mill. DM überschritten wurden. Interessant ist auch, daß die Auftragspitze vor der Verabschiedung des Landeshaushalts liegt, was in den beiden vorangegangenen Jahren nicht der Fall war. Das kann reiner Zufall sein, im Zusammenhang mit den verhältnismäßig hohen Auftragswerten der nachfolgenden Monate aber auch vorsichtig als ein erstes Anzeichen für die erstrebte größere Stetigkeit der Auftragsvergaben an-

gesehen werden. Fragt man unter Berücksichtigung der zeitlichen Verzögerung zwischen Auftragseingang und Bauausführung nach der künftigen Beschäftigungssituation im Tiefbau, dann ergibt sich, daß die Summe der Auftrags-eingänge in den ersten neun Monaten dieses Jahres rund 603 Mill. DM erreichte und damit wertmäßig um rund 71 Mill. DM (+ 13,3%) höher war als im gleichen Vorjahreszeitraum. Schaltet man die Preissteigerungen aus, die mit 5% bis 6% anzusetzen sind, dann verbleibt ein um etwa 7% größeres Auftragsvolumen. Unterstellt man ferner, daß in einer vollbeschäftigten Wirtschaft keine zusätzlichen Arbeitskräfte frei verfügbar sind und das sich die Bautechnik nicht sprunghaft verbessert hat, dann kann man nicht umhin festzustellen, daß die Auftragslage auf keinen Fall schlechter als vor einem Jahr ist. Diese für das Tiefbaugewerbe insgesamt zu verstehende Aussage, schließt selbstverständlich nicht aus, daß bei einzelnen Tiefbauunternehmen Auftragsmangel herrschen kann. Auch über regionale Differenzierungen im Lande ist damit nichts gesagt. Es ist ferner eine ganz andere Sache, ob das Bauvolumen überhaupt und das Tiefbauvolumen im besonderen groß genug ist, um den für notwendig erachteten Zustand der Infrastruktur zu erreichen oder aufrechtzuerhalten. Dieses Problem steht hier jedoch nicht zur Diskussion.

Im Hochbau ist der Verlauf der monatlichen Auftragswerte noch unregelmäßiger als im Tiefbau gewesen. Während im Tiefbau für den beobachteten Zeitraum jeweils nur eine jährliche Auftragsspitze deutlich wird, gibt es im Hochbau in den Jahren 1971 und 1972 mehrere Gipfelpunkte, deren Höhenlage ziemlich übereinstimmt, wenn man eine Jahresperiode isoliert betrachtet. Das gesamte Auftragsvolumen war 1972 allerdings wertmäßig um etwa ein Drittel größer als im Vorjahr, das reale Auftragsvolumen dürfte nur um etwa ein Viertel größer gewesen sein, da sich nach dem Preisindex für Wohngebäude ungefähr 7% der Auftragswerte als reine "Geldillusion" herausstellen. Verfolgt man die weitere Auftragsentwicklung im bisherigen Verlauf des Jahres 1973, dann zeigt sich, wie auch in den beiden vorhergehenden Jahren, ein kräftiger Anstieg der Hochbauaufträge im ersten Jahresdrittel. Im März wird mit (nominal) 185,5 Mill. DM der bislang höchste Wert erreicht. Dann kippt die Kurve um; die Auftragseingänge fallen bis Juli auf den Stand vom Jahresanfang zurück und erst im August nehmen sie wieder etwas zu. Daß es zu diesem ungewöhnlichen Kurvenverlauf mit einem so hohen Auftragsberg im März gekommen ist, hängt sicher mit den im Mai und Juni 1973 von Bundesregierung und Bundesbank getroffenen restriktiven Maßnahmen zusammen (§ 7 b EStG und degressive

Abschreibung wurden ausgesetzt, der Diskontsatz auf 7%, der Lombardsatz auf 9% erhöht, die Refinanzierungsmöglichkeiten spürbar eingeschränkt). Da es das erklärte Ziel von Bundesregierung und Bundesbank war (und ist), die Übersteigerungen der Konjunktur zu beseitigen, ist hier ein erster, wenn auch möglicherweise nur partieller Erfolg in der gewollten Richtung unverkennbar. Das wird noch deutlicher, wenn im Hinblick auf die zukünftige Situation im Hochbau festzustellen ist, daß die Summe der Auftragseingänge in den ersten neun Monaten 1973 nominal zwar noch um knapp 2% über der vergleichbaren des Vorjahres liegt, real aber, d. h. auf Preisbasis 1972, bereits um etwa 5% darunter bleibt. Mit anderen Worten, die Hochbauunternehmen werden sich auf eine (von ihrem Standpunkt) weniger "gute" Auftragslage einzustellen haben.

Index der Auftragseingänge

Zur Darstellung wirtschaftlicher Entwicklungsvorgänge werden häufig Indices verwendet. Sie haben den Vorteil, daß komplexe Vorgänge in einer oder wenigen Ziffern sozusagen "griffbereit" ausgedrückt werden können. Da ein Index nicht ein gewissermaßen zeitloses Dasein haben kann, sondern außer der sachlichen Information auch und oft hauptsächlich eine Entwicklung im Zeitablauf repräsentiert, ist die Wahl des Vergleichszeitpunktes oder Vergleichszeitraumes von erheblicher Bedeutung für die Indexaussage. Der Benutzer muß sich also immer fragen, wie die Umstände während der Basiszeit waren, um Fehlinterpretationen zu vermeiden.

Der hier vorgestellte Index der Auftragseingänge ist eine einfache Meßzahl der Auftragswerte, deren wertmäßige Veränderung auf das Basisjahr 1971 bezogen wird. Als Basiswert wurde ein durchschnittlicher Wert des monatlichen Auftragseinganges aus der Jahressumme 1971 der Auftragseingänge (geteilt durch 12) errechnet. Damit werden die Zufälligkeiten eines Monats abgeschwächt und ein mittleres monatliches Auftragsniveau des Jahres 1971 als Bezugsgröße gewonnen. Die Wahl einer anderen Methode, z. B. Dreimonatsdurchschnitt, Halbjahresdurchschnitt, auch ein anderes Basisjahr, wäre genau so "legitim" wie die hier getroffene Entscheidung. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß 1971 das ideale Basisjahr wäre, aber die Reihe ist zu kurz, um jetzt schon eine mit Sicherheit bessere Basis zu finden. Es spricht jedenfalls vieles dafür, den Anfang einer neuen Erhebung auch als Bezugsgröße zu verwenden. Wer eine andere, weil für seine Zwecke bessere Methode anwenden möchte, kann jederzeit auf die erforderlichen Ursprungswerte zurückgreifen,

die in den Statistischen Berichten über das Bauhauptgewerbe ab Monatsbericht Dezember 1972 und dann laufend in der Reihe F I 1/F I 3 veröffentlicht werden.

Die nachstehende Tabelle bringt die Meßziffern der Auftragseingänge von Januar 1971 bis zum derzeit vorliegenden September 1973. Die bereits erörterte lebhaftere Bewegung der monatlichen Auftragswerte bleibt - etwas abgeschwächt - auch in der Meßziffernreihe enthalten. Es muß hier erneut bemerkt werden, daß es sich um einen reinen Wertindex und nicht um einen Volumenindex handelt. Die Preiskomponente ist also in den Kurven als Trend enthalten.

Meßzahlen der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe
(1971 = 100)

Zeit	Bauhauptgewerbe insgesamt	Hochbau	Tiefbau
1971 Januar	47,1	50,3	41,7
Februar	65,4	71,4	55,3
März	101,4	105,3	94,9
April	153,3	128,0	195,9
Mai	114,5	113,1	116,9
Juni	124,4	128,8	117,1
Juli	94,5	88,2	105,1
August	102,1	94,1	115,5
September	106,3	111,8	97,0
Oktober	122,0	123,9	118,9
November	89,1	99,7	71,3
Dezember	79,8	85,5	70,4
Jahr 1971	100	100	100
1972 Januar	74,7	88,0	52,2
Februar	83,8	103,4	50,9
März	156,5	182,7	112,7
April	119,1	133,0	95,6
Mai	120,5	124,5	113,7
Juni	182,2	182,1	182,3
Juli	110,9	119,0	97,4
August	139,4	152,6	117,4
September	136,4	140,8	129,0
Oktober	111,9	110,9	113,7
November	133,4	167,2	76,6
Dezember	91,5	99,3	78,6
Jahr 1972	121,7	133,6	101,7
1973 Januar	97,6	117,1	64,8
Februar	123,9	142,5	92,6
März	168,5	197,6	119,7
April	160,0	169,3	144,4
Mai	133,9	143,7	117,5
Juni	135,4	135,1	136,0
Juli	114,3	101,4	136,0
August	123,2	123,8	122,2
September	126,9	116,1	145,0

Aus dem Sektor Hochbau kann der Wohnungsbau, auf den etwa die Hälfte aller Hochbaufträge entfällt, besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Nach einer als recht günstig

Meßzahlen der Auftragseingänge im Wohnungsbau
und Straßenbau (1971 = 100)

Zeit	Wohnungsbau			Straßenbau			
	Meßzahl	Veränderung gegenüber		Meßzahl	Veränderung gegenüber		
		Vor-monat	Vor-jahr		Vor-monat	Vor-jahr	
		in %				in %	
1971	100			100			
1972	140,5		+ 40,5	107,7		+ 7,7	
1973 Januar	99,5	- 7	+ 15	63,1	- 34	+ 124	
Februar	180,9	+ 82	+ 39	71,0	+ 13	+ 66	
März	213,1	+ 18	+ 10	172,4	+ 143	+ 50	
April	189,5	- 11	+ 49	197,1	+ 14	+ 163	
Mai	137,9	- 27	+ 15	134,0	- 32	+ 1	
Juni	128,2	- 7	- 44	145,4	+ 9	- 12	
Juli	100,4	- 22	- 12	190,2	+ 31	+ 83	
August	109,2	+ 9	- 31	158,0	- 17	- 11	
September	104,2	- 5	- 29	260,7	+ 69	+ 71	

zu bezeichnenden Auftragslage im Vorjahr hat sich nach einem kräftigen Auftragsstoß in den Monaten Februar bis April 1973 das Auftragsvolumen deutlich abgeschwächt, es liegt im September nominal nur noch um 4% über dem Jahresmittel 1971, gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat beträgt der Rückstand fast 44 Indexpunkte oder rund 70%. Eine umgekehrte Tendenz ergibt sich dagegen im Straßenbau: hier ist im September 1973 mit 260,7 der bisher höchste Stand erreicht, das sind rund 110 Indexpunkte mehr als im September 1972.

Auftragsbestände

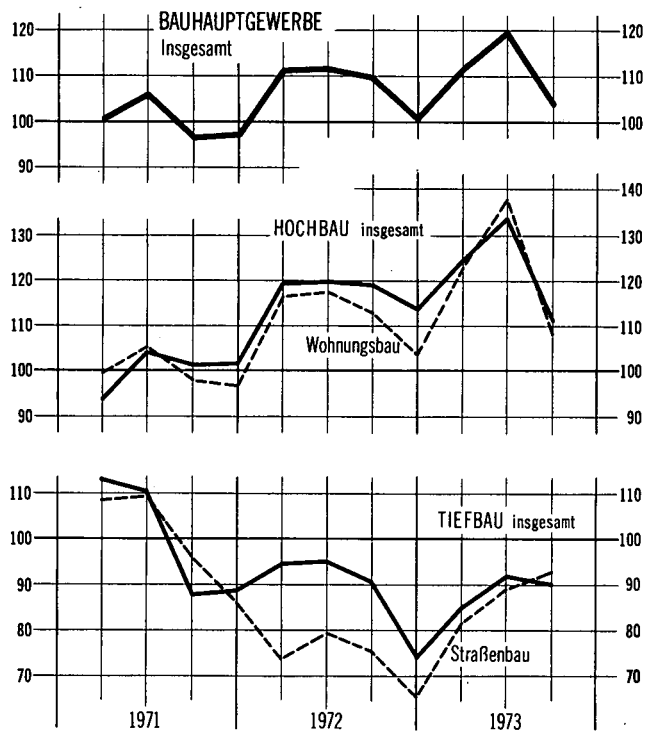
Zu jedem Quartalsende wird auch der Bestand an Aufträgen, gegliedert nach den verschiedenen Auftraggebern und Bauarten, ermittelt. Während bei den Auftragseingängen die Stornierungen unberücksichtigt bleiben und dadurch die Aussagefähigkeit der Ergebnisse etwas beeinträchtigt sein könnte, ergibt sich bei den Beständen die Schwierigkeit festzustellen, wie groß der noch nicht fertiggestellte Teil eines Bauwerks ist oder anders gefragt, wie weit ein bestimmtes Bauvorhaben am jeweiligen Stichtag fortgeschritten ist. Hier muß man sich in einer vermutlich nicht unerheblichen Zahl von Fällen mit Schätzungen zufrieden geben, da nicht anzunehmen ist, daß genau zum Quartalsende, dem jeweiligen Erhebungsstichtag, die im Bau befindlichen Wohnhäuser, Schulen, Straßen usw. auch technisch fertig sind. Die Ungenauigkeit dürfte zum Jahresende am geringsten sein, weil im Zusammenhang mit Jahresabschluß und Bilanz der Bestand bei den angefangenen Bauten exakter ermittelt wird. Im übrigen muß man sich wohl mit der Annahme behelfen, daß das Ausmaß der Schätzunsicherheit kurzfristig relativ konstant bleibt, und daß daher Vergleiche über mittlere Zeiträume zulässig sind.

Im Gegensatz zu den Auftragseingängen, die monatlich beträchtlich schwanken, verläuft die

Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe 1971-1973 in Meßzahlen

D - 4539

Quartalsdurchschnitt 1971 = 100



Entwicklung der vierteljährlichen Auftragsbestände verhältnismäßig ruhig. Soweit man in der kurzen Reihe schon eine gewisse Regelmäßigkeit entdecken kann, liegt sie darin, daß die Bestände jeweils am Ende des zweiten Quartals (30. 6.) ein - wenn auch schwaches - Maximum erreichen. Zum Jahresende hin ist dann eine sinkende Tendenz zu erkennen. Diese Entwicklung ist selbstverständlich auch im Zusammenhang mit den Auftragseingängen zu sehen, die in den ersten Jahreshälften bisher stärker zugenommen haben als in den zweiten.

In der folgenden Tabelle sind die Auftragsbestände am Jahresende 1971 und 1972 sowie nach dem letzten verfügbaren Stand vom 30. 9. 1973 dargestellt. Der gesamte Auftragsbestand war zwar am 30. 9. 1973 wertmäßig noch um 4% größer als am Jahresende 1972, blieb aber um rund 5% unter dem Stand vom 30. September 1972. Im Tiefbau, besonders im Straßenbau, wo der Bestand sowohl gegenüber dem Jahresende 1972 als auch gegenüber dem 30. 6. 1973 gewachsen ist, ist die Auftragslage etwas günstiger als im Hochbau. Für den Wohnungsbau zeigt sich dagegen ein merklicher Abbau der Auftragsbestände um gut ein Fünftel in dem Vierteljahr vom 30. 6. 1973 bis zum 30. 9. 1973. Allerdings ist dabei zu bemerken, daß die Auftragssituation im Hochbau von 1971 bis zur Jahresmitte 1973 durch einen steigenden Trend gekennzeichnet war, während es im Tiefbau bis Ende 1972

Auftragsbestände des Bauhauptgewerbes (Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Bauart und Auftraggeber	Jahresende		Veränderung	
	1971	1972	30. 9. 1973	30. 6. 1973
	Mill. DM		in %	
Hochbau zusammen	763	854	836	- 2 - 17
davon				
Wohnungsbau	428	457	476	+ 4 - 22
Gewerblicher Bau	151	227	159	- 30 - 28
Bundesbahn u. Bundespost	9	10	14	+ 36 - 15
Gebietskörperschaften ¹	175	160	186	+ 17 + 17
Tiefbau zusammen	336	281	342	+ 22 - 2
davon				
Straßenbau	136	104	147	+ 42 + 4
Gewerblicher Bau	38	45	46	+ 4 + 8
Bundesbahn u. Bundespost	11	14	21	+ 48 + 10
Gebietskörperschaften ¹	151	119	128	+ 8 - 12
Bauhauptgewerbe insgesamt	1 099	1 135	1 178	+ 4 - 13

¹⁾ einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter und sonstige öffentliche Auftraggeber

umgekehrt war. Das Bestandsniveau liegt im Tiefbau trotz der nunmehr sich abzeichnenden Erholung immer noch deutlich niedriger als 1971, im Hochbau liegt es trotz der Abschwächung darüber.

Der Index der Auftragsbestände ist wie bei den Auftragseingängen als einfache Meßziffer errechnet. Als Basis wird der durchschnittliche vierteljährliche Auftragsbestand des Jahres 1971 verwendet (Summe der Auftragsbestände am Ende eines jeden Quartals geteilt durch 4). In der Meßzahl drückt sich die reine Wertveränderung des Auftragsbestandes gegenüber der Basis aus. Die im Abschnitt über den Index der Auftragseingänge angestellten allgemeinen Überlegungen gelten hier analog. Aus den Auftragsbeständen und ihrer Entwicklung geht nicht hervor, ob es sich um Bestände aus laufender Tätigkeit oder aus dem Überhang vorangegangener Perioden handelt.

Meßzahlen der Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe (1971 = 100)

Monatsende	Bauhauptgewerbe insgesamt	Hochbau	Tiefbau
1971 März	100,3	93,8	113,1
Juni	106,2	104,0	110,5
September	96,4	100,8	87,7
Dezember	97,2	101,5	88,6
1972 März	111,3	119,7	94,7
Juni	111,6	119,9	95,2
September	109,5	119,1	90,5
Dezember	100,3	113,6	74,0
1973 März	111,5	124,7	85,2
Juni	119,7	133,9	91,7
September	104,1	111,2	90,1

Im Wohnungsbau und Straßenbau verlief 1972 die Entwicklung der Auftragsbestände deutlich gegenläufig: Am Ende eines jeden Vierteljahres war der Wert der Auftragsbestände im Wohnungsbau höher als zum entsprechenden Vorjahreszeitpunkt; das jahresdurchschnittliche Bestandsniveau 1972 lag um fast 13% über dem vorjährigen. Der Straßenbau mußte demgegenüber eine durchschnittliche Auftragsbestandsminderung um gut ein Viertel im Vergleich zum Vorjahr hinnehmen; in jedem Quartal 1972 blieben die Aufträge um ein Fünftel bis Drittel unter den Bestandswerten des Vorjahres. Das laufende Jahr hat für den Straßenbau nunmehr eine Wende in der Auftragslage gebracht, die Bestände sind von Quartal zu Quartal mit steigender Tendenz aufgestockt worden, während im Wohnungsbau die Auftragslage von der Jahresmitte bis Ende September 1973 sich sichtlich verschlechtert hat. Der Auftragsbestand ging um 22% zurück und unterschreitet damit erstmals in dem betrachteten Zeitraum den Vergleichsstand von Ende September 1972 um beinahe 5%. Die rückläufigen Auftragseingänge im Wohnungsbau - im August und September 1973 jeweils rund 30% weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat - lassen überdies auch nicht auf eine Besserung in absehbarer Zeit schließen.

Entwicklung der Auftragsbestände im Wohnungsbau und Straßenbau (1971 = 100)

Monatsende	Wohnungsbau		Straßenbau	
	Meßzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Meßzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
1972 März	116,6	+ 17,0	73,6	- 32,1
Juni	117,5	+ 11,7	79,7	- 27,3
September	113,1	+ 15,2	75,5	- 21,5
Dezember	103,5	+ 6,9	65,3	- 23,9
1973 März	123,1	+ 5,6	81,4	+ 10,6
Juni	138,2	+ 17,6	89,0	+ 11,7
September	107,8	- 4,7	92,7	+ 22,8

Reichweite der Auftragsbestände

Die schlichte Feststellung, daß die Bestände zu einem bestimmten Zeitpunkt rund 1,2 Mrd. DM betragen haben, sagt für sich genommen verhältnismäßig wenig. Sie führt nahezu zwangsläufig zu der Frage, wie lange bei diesen Auftragsbeständen die Beschäftigung der Bauunternehmen gesichert ist. Jeder Bauunternehmer wird sich ständig dieser Fragestellung bewußt sein und sie individuell für seinen Betrieb beantworten. Er wird dabei sein Arbeitskräfte- und Gerätepotential, d.h. seine Leistungsmöglichkeit (Kapazität) in Einklang mit den Aufträgen zu bringen suchen

und dabei vermutlich verschiedene Annahmen über die mögliche zukünftige Kapazitätsauslastung machen, wovon das Ergebnis, d.h. die Antwort auf die Frage, wie lange sein Betrieb noch beschäftigt sein wird, abhängt. Er wird dabei auch Produktivitätsfortschritte, die er für sein Unternehmen geplant hat, in die Rechnung einbeziehen. Das gilt auch hinsichtlich erkennbarer struktureller Änderungen, wie sie etwa in verstärkter Verwendung von Fertigbauteilen zum Ausdruck kommt. Der bewußt zukunftsorientiert sich verhaltende Bauunternehmer ist also über die Reichweite seines Auftragsbestandes hinreichend sicher informiert.

Anders die wirtschaftspolitisch handelnden Instanzen. Sie stehen vor der gleichen Frage, haben aber nicht die internen Informationen der einzelnen Bauunternehmer zur Verfügung; sie sind auch an dem einzelnen Unternehmen nur sekundär interessiert, sondern wollen wissen, wie die Auftragslage z. B. im Wohnungsbau oder im Straßenbau im Bundesgebiet oder im Lande Schleswig-Holstein ist. Für das gesamte Bundesgebiet stehen Daten über Reichweite aus den bekannten Ifo-Konjunkturtests zur Verfügung. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, ist zu diesen Ergebnissen zu sagen, daß sie eine beträchtliche subjektive Komponente haben; die Unternehmer werden nämlich gefragt, wie lange nach ihrer Meinung die Aufträge noch reichen. Daß die Unternehmer auf diese Frage eher vorsichtig antworten, ist von ihrer Interessenlage und der menschlichen Natur her gesehen durchaus verständlich. Im Ergebnis fallen die Reichweiten daher zu kurz aus.

Ein etwas objektiveres Verfahren besteht darin, die Auftragsbestände zu der Kapazität des Bauhauptgewerbes in Beziehung zu setzen. Aber auch diese Methode kann nur behelfsmäßigen Charakter haben, da die Kapazität derzeit nur hilfswise durch den Umsatz dargestellt werden kann. Der baugewerbliche Umsatz steht nämlich seit 1968 nicht mehr in engem zeitlichen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Bauhauptgewerbe. Seit dieser Zeit werden die Umsätze als vereinbarte Entgelte erst bei der endgültigen Bauabrechnung erfaßt, also unter Umständen erheblich später, als die Leistung erbracht wurde. Leistungswerte und Umsatzwerte hängen daher nicht immer eng zusammen. Diese Problematik läßt sich vereinfachend so darstellen: die Umsätze werden zu Preisen von gestern, die Auftragsbestände zu Preisen von morgen angesetzt. Das muß bei lebhafter Preisbewegung zu Divergenzen führen, die ebenfalls die Ergebnisse beeinträchtigen. Wenn trotz dieser Einschränkungen

nachstehend Reichweitenberechnungen vorgelegt werden, dann in der Absicht, zur Kritik herauszufordern, um durch die entstehende Diskussion zu besseren Methoden zu kommen.

Reichweite der Auftragsbestände 1971 - 30. 9. 1973 (in Monaten)

	31. 12.	31. 12.	30. 9. 1973	
	1971	1972	a)	b)
Bauhauptgewerbe insgesamt	6,7	5,7	5,4	5,0
Hochbau	8,6	7,0	6,1	5,7
darunter Wohnungsbau	8,0	6,7	6,1	5,6
Tiefbau	4,4	3,6	4,1	4,0
darunter Straßenbau	4,1	3,0	4,0	3,8

a) und b) siehe im folgenden Text

Errechnet wurden die Reichweiten, indem die jeweiligen Auftragsbestände durch den durchschnittlichen Monatsumsatz der dem Bestandsstichtag vorausgehenden 12 Monatswerte dividiert wurden (Reichweiten a). Die Werte zeigen einmal, daß die Reichweite der Aufträge insgesamt seit 1971 sich um mehr als einen Monat verringert hat und zum zweiten, daß in den betrachteten Jahren ein deutlicher Unterschied zwischen Hochbau und Tiefbau vorhanden ist. Im Straßenbau hat

mit vermehrten Auftragseingängen anfangs des 2. Halbjahres 1973 die Reichweite zugenommen.

Auch nach den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests ist die Reichweite der Auftragsbestände im Tiefbau immer kleiner als im Hochbau. Im ganzen besteht jedoch zwischen den Ifo-Untersuchungen und dem hier verwendeten Verfahren eine Reichweitedifferenz von ungefähr zwei Monaten. Die vorsichtigen Unternehmer halten die Reichweiten für kürzer, als sich aus dem mehr objektivierten Rechenverfahren ergibt. Eine Schwäche dieses Verfahrens liegt sicher darin, daß sie sowohl in Umsätzen als auch in Beständen enthaltene Preisentwicklung nicht völlig zu egalisieren ist. Es ist z.B. nicht bekannt, wie groß die Anteile aktueller und früherer Preise im Auftragsbestand sind. Um diesen Nachteil zu vermindern, wurden für die Reichweiten der Auftragsbestände am 30. 9. 1973 die Preisdifferenzen behelfsmäßig vermindert, indem die Umsätze der Bezugsperiode im Maß einer voraussichtlichen Preissteigerung - etwa wie in der Vorperiode - erhöht wurden. Das sind im Hochbau rund 8%, im Tiefbau rund 4%. Nach dieser Modifikation ergeben sich etwas geringere Reichweiten, die in der vorstehenden Übersicht unter b) zu finden sind.

Siegfried Schwarz

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1.-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

26. Jahrgang . Heft 1 . Januar 1974

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1971	1972	1972			1973			
		Monats- durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 529	2 554	2 561	2 562	2 564	2 579	2 580
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 473	1 370	1 557	1 555	972	1 838	1 254
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	7,0	6,4	7,4	5,3	4,6	8,4	5,9
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 794	2 440	2 342	2 272	2 044	2 289	2 038
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	13,3	11,5	11,1	10,4	9,7	10,5	9,6
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 663	2 730	2 560	2 683	2 637	2 539	2 451
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,6	12,8	12,2	12,3	12,5	11,6	11,6
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	57	49	46	40	39	38	39
*	je 1 000 Lebendgeborene	20,5	19,9	19,6	17,6	19,1	16,6	19,1
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	+ 131	- 290	- 218	- 411	- 593	- 250	- 413
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	+ 0,6	- 1,4	- 1,0	- 1,9	- 2,8	- 1,1	- 1,9
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 013	8 527	8 675	10 236	8 280	9 738	7 904
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 425	6 530	7 863	8 596	6 544	6 573	7 244
* Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 588	+ 1 997	+ 812	+ 1 640	+ 1 736	+ 3 165	+ 660
* Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 288	10 400	10 948	12 813	10 539	11 583	10 443
Wanderungsfälle	Anzahl	25 726	25 456	27 486	31 645	25 363	27 894	25 591
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	171	168	183	204	170	180	170
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	9	12	9	11	13	11	11	14	19
darunter *Männer	1 000	5	7	5	5	6	5	5	7	10
Offene Stellen	1 000	22	19	19	18	16	21	20	17	14
darunter für Männer	1 000	13	11	12	12	11	14	14	12	10
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 364 ^a	1 421 ^a
darunter *Milchkühe	1 000	477 ^a	498 ^a
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	887 ^a	923 ^a
* Schweine	1 000	1 667 ^a	1 598 ^a	1 769	.	.	.	1 717	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	169 ^a	161 ^a	169	.	.	.	163	.	.
darunter *trächtig	1 000	106 ^a	100 ^a	102	.	.	.	99	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	35	29	30	42	30	30	40	53	44
* Kälber	1 000 St.	2	2	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000 St.	209 ^b	205	208	225	215	206	193	227	215
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	9 ^b	8 ^c	3	7	15	2	3	6	12
* Schlachtmengen 5) aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	25,1	23,7	25,2	29,8	25,2	24,9	26,6	32,9	28,8
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,5	7,2	7,8	11,2	8,0	7,8	10,5	14,1	11,6
* Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	16,4	16,3	17,2	18,3	17,0	16,9	16,0	18,6	17,1
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	243	257	259	265	264	261	264	265	266
Kälber	kg	66	78	92	99	83	98	97	100	98
Schweine	kg	82	83	84	84	85	83	84	84	84
Geflügel										
Eingelegte Brutetier 6)	1 000	580	518	440	575	455	498	384	481	520
* für Legehennenküken	1 000	825	877	696	944	914	1 000	819	768	949
* für Masthühnerküken	1 000	825	877	696	944	914	1 000	819	768	949
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	755	843	900	896	870	883	784	1 027	785
* Milcherzeugung										
darunter *an Meiereien geliefert	1 000 t	174	178	120	122	138	159	121	122	138
	%	92	92	91	91	92	93	93	92	93
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,8	12,0	8,2	8,1	9,5	10,3	8,1	7,9	9,2

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1971/72 = 12

c) Winterhalbjahr 1972/73 = 11

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1971	1972	1972			1973			
		Monats- durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	191	188	188	188	188	188	190	190	189
darunter *Arbeiter 9)	1 000	143	139	140	140	139	139	140	140	139
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	23 229	22 242	22 528	23 443	23 611	21 611	22 268	24 073	23 942
*Löhne (brutto)	Mill. DM	173,7	185,9	184,6	192,7	212,1	218,9	207,2	215,4	246,2
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	75,8	85,0	83,1	82,9	98,4	96,1	94,8	95,4	117,0
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	26	20	16	23	28	25	26	31	31
*Gasverbrauch ¹¹⁾	Mill. Ncbm	25,4	26,5	24,5	26,7	28,8	21,8	25,3	28,6	30,9
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. Ncbm	8,3	7,7	7,9	8,2	8,2	6,5	6,9	6,8	5,9
*Erd- und Erdölgas	Mill. Ncbm	17,1	18,7	16,7	18,5	20,6	15,3	18,4	21,8	25,1
*Heizölverbrauch	1 000 t	94	95	91	106	105	89	94	106	117
*leichtes Heizöl	1 000 t	19	20	17	22	24	13	16	22	24
*schweres Heizöl	1 000 t	75	75	74	84	81	75	79	85	93
*Stromverbrauch	Mill. kWh	160	165	163	185	182	171	181	198	192
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	32	41	41	33	34	42	47
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹²⁾	Mill. DM	1 197	1 273	1 304	1 465	1 434	1 423	1 383	1 539	1 686
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	165	200	189	279	177	179	196	202	243
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1962=100	169	172	174	181	185	165	196	192	205
*Bergbau	1962=100	119	109	105	109	104	98	99	99	97
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	198	179	194	191	190	209	220	218	216
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	183	192	183	204	201	169	225	207	233
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	191	208	217	222	234	180	234	234	245
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	131	134	134	137	148	129	140	147	157
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	135	144	165	151	143	144	162	160	140
Handwerk (Meßziffern) ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	30.9.1962=100	95	95	96
(Ende des Vierteljahres)				
*Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1962=100	171	196	215
darunter *Handwerkumsatz	Vj. -D 1962=100	178	207	230
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	272	266	237	229	310	322	350	244	304
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	488	545	503	565	606	505	525	628	655
*Gaserzeugung (brutto) ¹¹⁾	Mill. Ncbm	18	21	15	21	27	10	11	18	22
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	63 049	61 896	62 483	61 870	61 560	62 530	61 869	61 086	59 324
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 713	8 347	9 440	9 682	8 698	8 702	8 494	9 439	7 505
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 766	3 774	4 220	4 334	3 930	3 850	3 688	4 146	3 303
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 258	1 347	1 425	1 554	1 461	1 468	1 431	1 517	1 287
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 484	3 047	3 520	3 535	3 111	3 141	3 151	3 508	2 672
*Löhne (brutto)	Mill. DM	78,2	83,2	93,1	99,8	92,7	102,0	97,7	110,1	88,3
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	8,4	9,7	9,8	10,0	11,3	11,2	11,7	10,9	13,3
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	217,3	256,4	280,4	289,5	296,2	293,4	331,8	305,7	296,5

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) einschließlich gewerblicher Auszubildender

10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

11) umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 kcal/Ncbm

12) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

13) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1971	1972	1972			1973				
				Monats- durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen											
Baugenehmigungen											
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	977	991	1 054	1 099	939	986	898	1 012	620	
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	865	874	947	967	819	916	827	934	557	
*umbauter Raum	1 000 cbm	1 096	1 124	1 069	1 295	1 028	898	880	963	715	
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	157 576	180 223	178 540	204 903	175 503	155 673	157 714	172 694	126 037	
*Wohnfläche	1 000 qm	209	212	192	250	198	162	214	173	136	
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	157	158	197	214	201	208	197	214	174	
*umbauter Raum	1 000 cbm	698	716	894	768	822	863	990	876	740	
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	72 917	79 651	100 384	103 619	102 682	86 547	132 075	82 755	101 480	
*Nutzfläche	1 000 qm	126	126	164	145	155	149	181	164	146	
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 880	2 854	2 517	3 124	2 531	1 907	1 784	1 897	1 702	
Baufertigstellungen											
Wohnungen ¹⁴⁾	Anzahl	2 356	2 629	1 903	1 810	2 113	1 488	1 808	2 013	2 479	
Wohnräume	Anzahl	9 876	10 797	7 499	7 688	8 634	5 884	7 814	8 424	10 704	
Handel und Gastgewerbe											
Ausfuhr											
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	214,6	251,0	315,1	310,3	224,0	216,7	230,8	306,5	...	
davon Güter der											
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	29,2	27,2	29,9	33,0	28,5	28,9	34,4	43,2	...	
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	185,4	223,8	285,2	277,3	195,5	187,8	196,4	263,4	...	
davon *Rohstoffe	Mill. DM	3,7	4,8	5,3	6,5	6,5	6,0	5,7	7,6	...	
*Halbwaren	Mill. DM	11,5	9,9	10,2	12,4	11,4	23,2	15,9	33,3	...	
*Fertigwaren	Mill. DM	170,2	209,2	269,7	258,5	177,6	158,5	174,8	222,4	...	
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	15,7	16,4	16,1	19,8	15,7	19,8	21,7	24,5	...	
*Enderzeugnisse	Mill. DM	154,5	192,7	253,5	238,7	161,9	138,7	153,1	197,9	...	
nach ausgewählten Verbrauchsländern											
*EWG-Länder	Mill. DM	65,4	68,6	79,1	78,4	61,0	118,6	113,8	149,5	...	
darunter Italien	Mill. DM	19,9	20,1	25,7	23,8	16,5	25,9	25,4	26,8	...	
Niederlande	Mill. DM	21,9	22,8	25,0	24,2	22,1	27,0	25,9	34,9	...	
ab Januar 1973											
Dänemark	Mill. DM	17,0	17,3	18,4	22,2	17,4	24,2	21,9	34,3	...	
Großbritannien	Mill. DM	12,6	40,3	94,8	9,3	11,1	8,7	11,9	14,3	...	
*EFTA-Länder	Mill. DM	58,6	89,9	142,1	81,5	75,1	30,7	39,8	68,8	...	
darunter Norwegen	Mill. DM	3,9	5,0	4,5	5,1	6,3	5,4	10,5	30,4	...	
Schweden	Mill. DM	8,3	8,3	8,4	10,7	7,5	8,6	10,2	16,0	...	
Handel mit Berlin (West)											
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	32 015	
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 934	
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	
*Index der Gastgewerbesumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	
Fremdenverkehr in 135 Berichtsgemeinden											
*Fremdenmeldungen	1 000	190	187	206	126	78	409	226	p 136	...	
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	18	20	13	9	30	20	p 15	...	
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 546	1 537	1 754	554	273	4 954	1 856	p 632	...	
darunter *von Auslandsgästen	1 000	40	41	42	26	20	76	39	p 31	...	
Verkehr											
Seeschifffahrt¹⁵⁾											
Güterempfang	1 000 t	1 014	1 053	1 174	1 180	1 101	1 133	1 184	
Güterversand	1 000 t	282	307	307	302	359	554	386	
Binnenschifffahrt											
*Güterempfang	1 000 t	253	243	261	261	255	261	224	261	...	
*Güterversand	1 000 t	387	362	407	435	390	410	351	399	...	
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge											
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	8 001	8 122	7 090	8 164	7 359	5 419	6 220	6 927	...	
*Personenkraftwagen ¹⁶⁾	Anzahl	36	63	51	17	11	88	51	42	...	
*Lastkraftwagen	Anzahl	7 126	7 234	6 158	7 171	6 562	4 689	5 461	6 123	...	
*Lastkraftwagen	Anzahl	471	445	409	515	444	308	303	391	...	
Straßenverkehrsunfälle											
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 436	1 502	1 559	1 528	1 593	1 511	1 490	1 503	p 1 505	
*Getötete Personen	Anzahl	76	71	70	70	75	65	57	60	p 86	
*Verletzte Personen	Anzahl	1 972	2 023	2 030	1 921	2 137	1 976	1 952	1 918	p 1 962	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

15) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

16) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1971	1972	1972			1973			
		Monats- durchschnitt ^{e)}		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁷⁾										
*Kredite 18) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	17 984	20 540	19 840	20 022	20 123	21 920	22 291	22 403	...
darunter										
*Kredite 18) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	17 280	19 793	19 111	19 298	19 400	21 222	21 621	21 716	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	3 933	4 466	4 296	4 336	4 304	4 653	4 842	4 787	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 904	4 430	4 273	4 303	4 278	4 630	4 818	4 753	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	29	36	23	33	26	23	24	35	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	1 432	1 794	1 710	1 696	1 713	1 871	1 923	1 945	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 358	1 698	1 617	1 606	1 624	1 738	1 789	1 805	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	74	96	93	91	89	133	134	139	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	11 915	13 533	13 104	13 266	13 384	14 697	14 855	14 984	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	10 222	11 525	11 150	11 285	11 389	12 455	12 601	12 688	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 693	2 007	1 954	1 980	1 995	2 243	2 254	2 296	...
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁸⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	14 258	16 149	15 599	15 781	15 973	17 225	17 327	17 548	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	7 764	8 817	8 657	8 794	8 959	9 938	10 034	10 246	...
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 487	5 247	5 044	5 172	5 342	6 122	6 293	6 442	...
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 277	3 570	3 613	3 622	3 617	3 816	3 741	3 804	...
*Spareinlagen	Mill. DM	6 495	7 332	6 942	6 987	7 014	7 287	7 293	7 302	...
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 049	4 495	4 263	4 282	4 296	4 458	4 449	4 452	4 452
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	353	395	308	341	349	365	324
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	296	326	268	295	323	362	318
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	12	13	14	10	16	11	19	20	17
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,7	0,9	1	1	-	-	-	-	3
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	357	393	418	446	413	456	376
*Wechselsumme	Mill. DM	1,064	1,131	1,567	1,219	1,170	1,426	1,564
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	266 929	314 873	410 745	282 216	261 525	286 257	459 751	280 948	426 521
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	186 345	221 614	326 223	190 286	162 235	193 434	373 565	196 046	328 344
*Lohnsteuer 19)	1 000 DM	126 774	149 077	146 280	174 756	149 564	162 401	160 880	163 234	316 893
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	45 774	58 557	149 608	8 793	7 281	20 013	176 868	22 228	- 10 199
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 651	1 700	1 286	1 238	1 411	2 959	2 351	734	491
*Körperschaftsteuer 19)	1 000 DM	12 147	12 280	29 049	5 499	3 979	8 060	33 467	9 850	21 159
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	80 583	93 259	84 521	91 930	99 290	92 823	86 185	84 901	98 177
*Umsatzsteuer	1 000 DM	59 882	69 991	64 000	66 638	69 559	66 007	60 811	57 247	68 488
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	20 702	23 268	20 522	25 292	29 730	26 816	25 375	27 655	29 689
*Bundessteuern	1 000 DM	90 364	101 340	90 370	99 361	97 958	104 780	112 247	111 256	133 726
*Zölle	1 000 DM	9 428	10 910	11 663	12 448	13 954	9 264	9 692	11 177	10 741
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	75 362	85 163	71 653	83 990	81 206	90 665	93 366	96 254	118 887
*Landessteuern	1 000 DM	25 763	28 267	22 385	26 003	37 179	36 990	22 438	27 414	39 731
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 272	5 272	1 492	661	14 617	13 736	1 156	981	16 830
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	14 462	16 236	14 643	18 145	16 181	15 994	15 396	19 427	16 762
*Biersteuer	1 000 DM	1 013	1 018	1 261	1 015	1 005	1 307	1 269	949	655
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	140 471 ⁺	156 174 ⁺	.	160 374	.	.	.	189 166	.
*Grundsteuer A 20)	1 000 DM	6 949 ⁺	7 177 ⁺	.	7 150	.	.	.	7 194	.
*Grundsteuer B 21)	1 000 DM	22 200 ⁺	24 119 ⁺	.	26 080	.	.	.	30 360	.
*Gewerbsteuer	1 000 DM	86 515 ⁺	97 117 ⁺	.	97 787	.	.	.	118 294	.
nach Ertrag und Kapital (brutto) ²²⁾	1 000 DM	12 259 ⁺	14 210 ⁺	.	14 209	.	.	.	16 106	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM		
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	227 530	257 467	287 750	246 389	223 259	249 054	331 408	275 035	288 229
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	74 647	88 868	142 400	66 963	60 758	83 939	163 140	85 041	90 688
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	56 408	60 653	54 981	59 774	64 544	60 335	56 021	55 186	63 815
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 110	6 607	.	20 291	.	.	.	23 553	.
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	174 664	201 260	247 967	202 642	180 227	182 159	274 548	191 244	287 173
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	86 188	102 089	142 400	94 470	77 588	83 955	163 140	85 041	183 099
*Anteil an den Steuern vom Umsatz 23)	1 000 DM	56 603	64 297	83 182	61 877	65 460	61 214	88 970	55 236	64 343
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 110	6 607	.	20 291	.	.	.	23 553	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	185 026 ⁺	207 218 ⁺	.	200 753	.	.	.	236 121	.
*Gewerbsteuer	1 000 DM	43 261 ⁺	57 480 ⁺	.	59 587	.	.	.	70 680	.
nach Ertrag und Kapital (netto) ²⁴⁾	1 000 DM		
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	87 810 ⁺	90 682 ⁺	.	78 579	.	.	.	94 569	.

Fußnoten siehe nächste Seite

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1971	1972	1972			1973			
		Monats- durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	106,7	106,6	107,1	108,7	110,1	124,4	124,0	127,4	136,7
Verkaufspreise für Ausfuhrüter	1962=100	121,6	124,5	125,2	125,6	125,9	134,3	134,9	135,8	138,0
Grundstoffpreise 25)	1962=100	105,2	108,9	110,1	111,0	111,5	121,1	121,3	123,1	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 25)	1962=100	112,5 ^f	116,1	117,1	117,5	117,8	124,9	125,2	126,0	127,3
landwirtschaftlicher Produkte 25)	1961/63=100	106,5 ^f	118,7 ^g	116,6	117,5	117,7	118,6	120,4	122,5	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude 26)										
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 25)	1962=100	162,7	174,3	.	.	177,1	189,9
Einzelhandelspreise	1962/63=100	116,5 ^f	127,3 ^g	121,1	122,1	123,4	138,2	136,5	134,8	...
	1962=100	118,0	123,7	125,1	125,7	126,3	131,9	132,2	133,2	134,4
*Preisindex für die Lebenshaltung 27)										
darunter für	1970=100	105,3	111,1	112,4	112,9	113,4	119,3	119,4	120,3	121,8
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	103,8	109,7	111,7	112,0	112,6	118,1	117,4	118,0	119,1
Kleidung, Schuhe	1970=100	105,9	112,3	113,4	114,5	115,1	121,3	122,4	123,7	124,2
Wohnungsmiete	1970=100	106,1	112,5	113,8	114,5	114,9	119,8	120,3	120,7	121,3
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	105,4	110,1	110,0	111,7	112,9	125,7	128,4	133,6	149,9
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	105,3	109,7	109,3	110,3	111,4	113,3	113,9	115,2	116,3
Löhne und Gehälter 28)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	337	369	.	378
darunter *Facharbeiter	DM	359	390	.	401
*weibliche Arbeiter	DM	198	218	.	222
darunter *Hilfsarbeiter	DM	193	210	.	212
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	7,48	8,32	.	8,54
darunter *Facharbeiter	DM	7,94	8,84	.	9,12
*weibliche Arbeiter	DM	4,83	5,38	.	5,48
darunter *Hilfsarbeiter	DM	4,68	5,21	.	5,29
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	45,0	44,4	.	44,3
weibliche Arbeiter	Std.	41,0	40,5	.	40,5
Geleistete Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	40,0	39,6	.	41,4
weibliche Arbeiter	Std.	35,0	35,8	.	37,9
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 638	1 792	.	1 839
*weiblich	DM	1 076	1 194	.	1 219
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 765	1 923	.	1 963
*weiblich	DM	1 088	1 218	.	1 241
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 412	1 533	.	1 564
*weiblich	DM	884	953	.	984
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 598	1 704	.	1 751
weiblich	DM	(991)	(1 112)	.	(1 096)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 484	1 615	.	1 653
weiblich	DM	938	1 019	.	1 048
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 755	1 909	.	1 950
weiblich	DM	1 085	1 213	.	1 234

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

17) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

18) einschließlich durchlaufender Kredite

19) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

20) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

21) einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten

22) Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen

23) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. 6. 1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30. 1. 1970

24) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

25) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

26) nur Neubau

27) alle privaten Haushalte

28) Effektivverdienste

e) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31. 12.

f) Wirtschaftsjahr 1971/72 (Juli-Juni)

g) Wirtschaftsjahr 1972/73 (Juli-Juni)

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1968	2 515	7,9	17,4	12,8	12	17	979	118	375	208	278
1969	2 545	7,5	15,9	12,8	8	21	992	117	373	214	288
1970	2 494 ^a	7,5	14,1	13,2	2	24	1 003	115	377	215	286
1971	2 529	7,0	13,3	12,6	2	31	997	110	386	216	293
1972	2 554	6,4	11,5	12,8	- 3	24

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen			
	Schüler am 15. 10. ²⁾			Schulabgänger in %				Bruttoinlandsprodukt			Netto- inlands- produkt
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen 3)	Real- schulen und Realschul- züge	Gymnasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1962	
								Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate		in Mill. DM
1968	228	46	46	22	45	24	9	18 501	8,4	15 554	.
1969	236	49	49	21	45	24	10	20 126 ^b	8,8 ^b	16 244 ^b	.
1970	249	51	50	23	42	24	11	22 878 ^b	13,7 ^b	17 438 ^b	.
1971	256	56	54	25 763 ^c	12,6 ^c	18 263 ^c	.
1972	262	61	60	28 658 ^c	11,2 ^c	.	.

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 6)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴⁾									
1968	1 410	519	1 668	4 825	417	2 641	2 183	4 256	1 608	396	535
1969	1 430	518	1 680	4 966	418	2 679	2 210	4 262	1 511	260	487
1970	1 407	493	1 774	4 920	476	2 744	2 139	4 232	1 350	414	565
1971	1 364	477	1 667	4 946	477	2 848	2 085	4 297	1 698	322	596
1972	1 421	498	1 598	5 012	386	2 756	2 137	4 381	1 679	264	611

Jahr	Industrie ⁷⁾										Bau- haupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Millionen	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁸⁾		Energieverbrauch				Produktions- index 10) 1962=100
	ins- gesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE 9)	Heizöl			
	in 1 000		Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		ins- gesamt		schwer	1 000 t		
1968	175	134	264	1 344	583	10 418	1 549	482	968	780	140	63
1969	184	141	278	1 550	674	11 797	1 883	490	1 058	842	157	63
1970	191	145	289	1 887	799	12 840	1 725	400	1 130	906	163	64
1971	191	143	279	2 084	909	14 365	1 975	312	1 124	895	169	64
1972	188	139	267	2 231	1 020	15 275	2 399	245	1 142	897	p 171	63

- 1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen
 2) ohne integrierte Gesamtschulen, und zwar 1971 rund 600 Schüler und 1972 rund 1 300 Schüler
 3) einschließlich Sonderschulklassen
 4) bis 1969 einschl. Ammen- und Mutterkühe
 5) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner
 6) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang
 7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke
 8) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne-Umsatzsteuer
 9) Umrechnungsfaktor für Steinkohleeinheit (SKE): Steinkohle und Steinkohlenbriketts = 1,0; Steinkohlenkoks = 0,97; Braunkohlenbriketts = 0,69
 10) arbeitstäglich
 11) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger
 a) Ergebnis der Volkszählung vom 27. 5. 1970
 b) vorläufige Ergebnisse
 c) erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. August 1973			Bevölkerungsveränderung im August 1973			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im November 1973 (vorläufige Zahlen)				
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte		
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)							in %	
FLENSBURG	93 544	+	0,1	-	0,8	10	71	81	56	2	66
KIEL	265 576	-	0,2	-	1,3	- 140	- 425	- 565	145	6	188
LÜBECK	236 544	-	0,0	-	0,9	- 83	19	- 64	136	5	162
NEUMÜNSTER	86 524	-	0,0	-	0,1	- 10	- 1	- 11	61	1	80
Dithmarschen	133 527	+	0,0	-	0,2	- 28	58	30	77	9	88
Flensburg-Land	75 646	+	0,2	+	1,0	13	125	138	51	4	79
Hzgt. Lauenburg	149 687	+	0,3	+	1,6	- 17	406	389	74	9	98
Nordfriesland	162 458	+	0,2	+	0,6	- 13	311	298	99	5	144
Ostholstein	187 084	+	0,2	+	1,4	- 7	396	389	103	5	130
Pinneberg	252 683	+	0,1	+	1,2	25	312	337	126	8	151
Plön	113 054	+	0,4	+	2,2	2	458	460	59	2	74
Rendsburg-Eckernförde	233 134	+	0,1	+	1,5	21	326	347	136	8	193
Schleswig	101 615	+	0,0	+	0,1	- 19	50	31	51	-	66
Segeberg	186 227	+	0,3	+	3,6	39	557	596	129	8	172
Steinburg	132 847	+	0,1	-	0,4	- 46	166	120	90	6	118
Stormarn	169 222	+	0,2	+	2,3	3	336	339	112	8	153
Schleswig-Holstein	2 579 372	+	0,1	+	0,7	- 250	3 165	2 915	1 505	86	1 962

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾				Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1973		
	Betriebe am 31.10.1973	Beschäftigte am 31. Oktober 1973		Umsatz ⁴⁾ im Oktober 1973 in Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl	je 1 000 Einwohner			Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	68	8 952	96	71	26 610	24 212	258
KIEL	145	30 455	114	130	76 014	69 084	259
LÜBECK	143	29 165	123	173	62 364	55 982	237
NEUMÜNSTER	72	10 759	124	58	25 858	23 085	267
Dithmarschen	60	6 686	50	119	47 305	36 786	276
Flensburg-Land	32	1 037	14	8	29 556	22 912	304
Hzgt. Lauenburg	101	9 782	66	61	46 934	39 552	265
Nordfriesland	47	2 804	17	49	58 685	46 578	288
Ostholstein	76	6 518	35	54	60 418	50 136	269
Pinneberg	242	24 202	96	191	80 284	69 942	277
Plön	39	2 772	25	24	39 078	31 916	284
Rendsburg-Eckernförde	125	11 723	50	87	79 086	64 228	276
Schleswig	35	3 496	34	58	35 587	27 997	276
Segeberg	177	14 434	78	128	68 749	57 681	312
Steinburg	97	10 956	83	105	44 116	35 493	268
Stormarn	131	16 111	96	224	56 079	48 506	288
Schleswig-Holstein	1 590	189 852	74	1 539	836 723	704 090	274

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 8. 1973

2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. Juni 1973			Offene Stellen am 31. 10. 1973 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Oktober 1973			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 9. 1973	Rindvieh am 3. 6. 1973	
		VZ 1961	30. 6. 1972						insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %								
Schleswig-Holstein	2 574	+ 11,1	+ 0,7	17	122	92,3	7,9	1 717	1 544	484
Hamburg	1 757	- 4,1	- 0,9	19	1	85,3	8,3	16	18	4
Niedersachsen	7 237	+ 9,0	+ 0,5	50	245	89,4	7,8	6 206	3 115	1 022
Bremen	731	+ 3,5	- 0,7	8	1	74,4	7,2	9	20	5
Nordrhein-Westfalen	17 216	+ 8,2	+ 0,3	139	197	91,3	9,1	4 554	1 988	701
Hessen	5 558	+ 15,4	+ 0,8	52	94	85,5	9,1	1 438	892	325
Rheinland-Pfalz	3 698	+ 8,2	+ 0,4	25	69	83,9	8,9	790	708	253
Baden-Württemberg	9 211	+ 18,7	+ 1,0	87	204	79,1	9,2	2 135	1 845	719
Bayern	10 816	+ 13,7	+ 0,7	89	570	88,0	9,6	4 355	4 557	1 933
Saarland	1 116	+ 4,0	- 0,5	5	9	87,4	10,5	81	75	28
Berlin (West)	2 053	- 6,6	- 1,0	18	0	24,3	14,6	.	.	.
Bundesgebiet	61 967	+ 10,3	+ 0,5	508	1 514	87,4	8,9	21 300	14 763	5 475

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im August 1973			
	Beschäftigte am 30. 9. 1973		Umsatz ²⁾ im September 1973		Produk- tions- index ³⁾ (1962=100) im Sept. 1973	Beschäftigte am 31. 8. 1973		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	190	74	1 383	14	196	61	24	1 907	7,4	1 488	5,8
Hamburg	193	110	1 898	16	128	44	25	1 643	9,3	503	2,9
Niedersachsen	786	109	5 817	25	164	178	25	6 080	8,4	4 637	6,4
Bremen	102	139	1 255	33	226	21	28	253	3,5	670	9,2
Nordrhein-Westfalen	2 603	151	18 773	21	164	379	22	16 225	9,4	11 985	7,0
Hessen	744	134	4 517	23	193	141	25	6 323	11,4	2 839	5,1
Rheinland-Pfalz	412	111	3 144	23	272	88	24	3 128	8,5	2 186	5,9
Baden-Württemberg	1 587	172	9 662	22	189	248	27	10 399	11,3	6 864	7,5
Bayern	1 405	130	8 578	20	.	307	28	12 915	11,9	6 454	6,0
Saarland	169	152	958	34	200	23	20	969	8,7	395	3,5
Berlin (West)	237	115	1 587	10	166	42	21	2 310	11,3	1 989	9,7
Bundesgebiet	8 426	136	57 573	22	184	1 532	25	62 152	10,0	40 010	6,5

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Juli 1973			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im September 1973				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 30. 9. 1973 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
	in 1 000							in DM je Einwohner			
Schleswig-Holstein	837	704	274	1 490	57	1 952	135	2 834	268	335	...
Hamburg	537	488	278	1 069	21	1 431	136	5 336	460	2 215	...
Niedersachsen	2 368	1 974	273	3 789	201	5 284	145	3 467	276	280	...
Bremen	217	195	267	442	11	523	121	4 037	356	1 196	...
Nordrhein-Westfalen	5 160	4 586	266	8 304	331	10 999	136	4 010	322	458	...
Hessen	1 909	1 640	295	2 983	137	4 133	143	4 490	340	449	...
Rheinland-Pfalz	1 249	1 025	277	2 039	110	2 862	146	3 671	270	304	...
Baden-Württemberg	3 130	2 636	286	4 156	188	5 979	148	4 163	327	452	...
Bayern	3 744	2 985	276	5 417	289	7 649	147	4 199	316	380	...
Saarland	336	297	267	550	28	742	140	3 410	273	275	...
Berlin (West)	501	454	221	1 152	18	1 478	130	3 595	227	660	...
Bundesgebiet	20 072 ^a	17 023 ^a	274	31 391	1 391	43 032	142	3 990	313	470	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

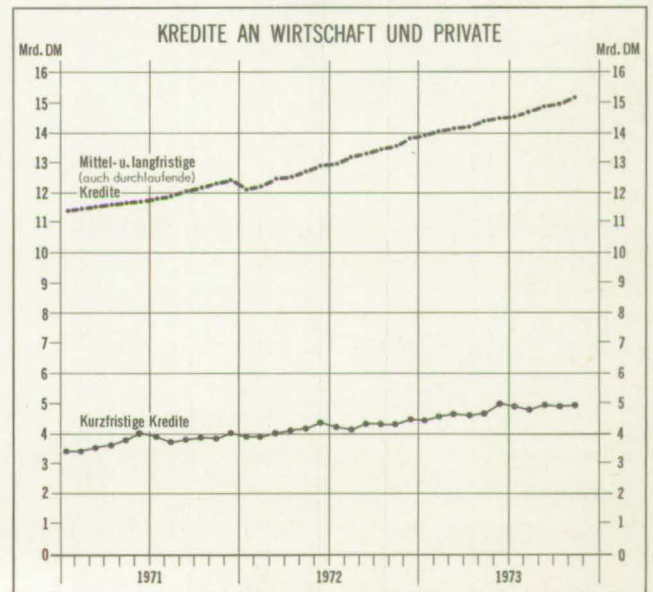
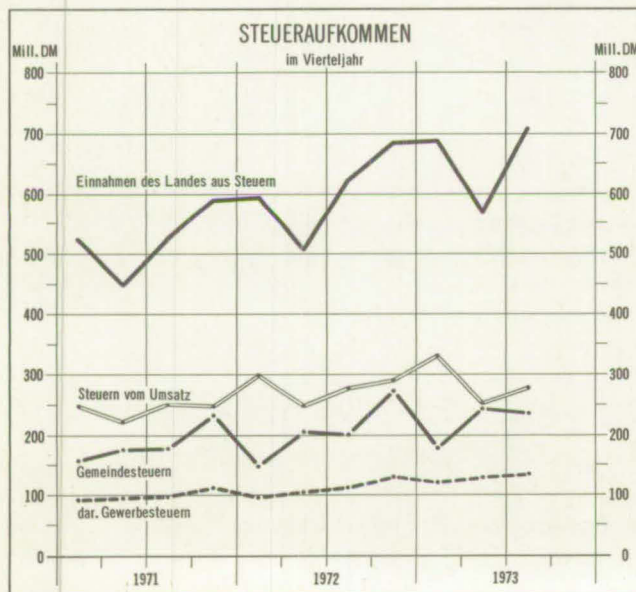
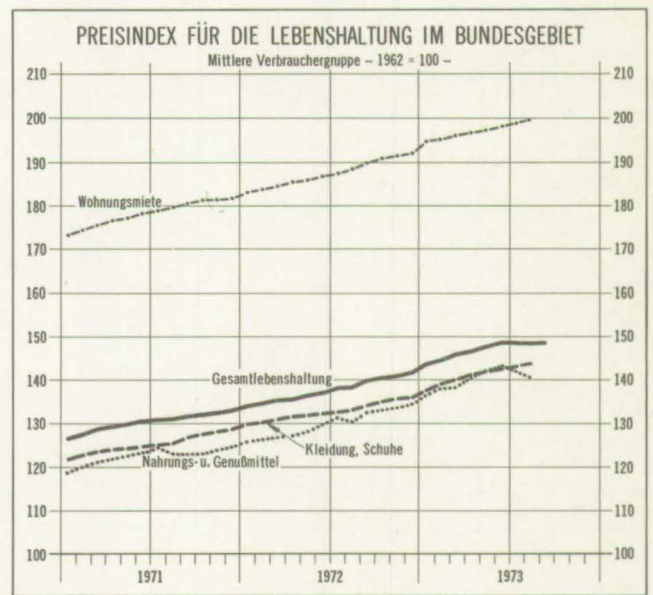
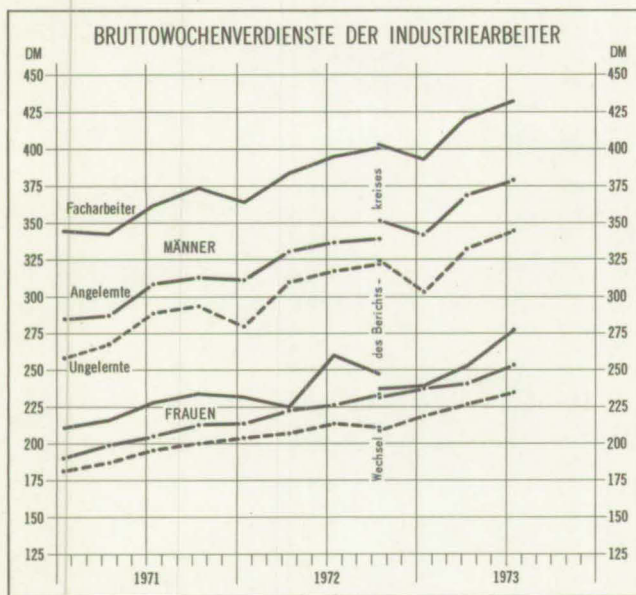
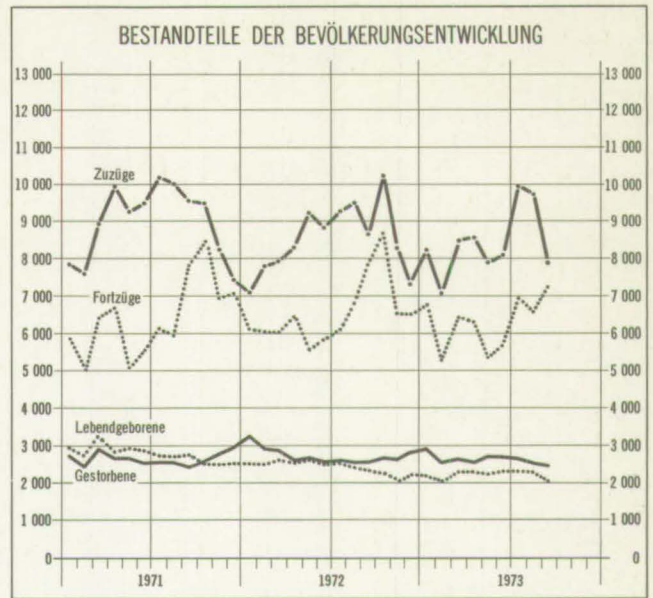
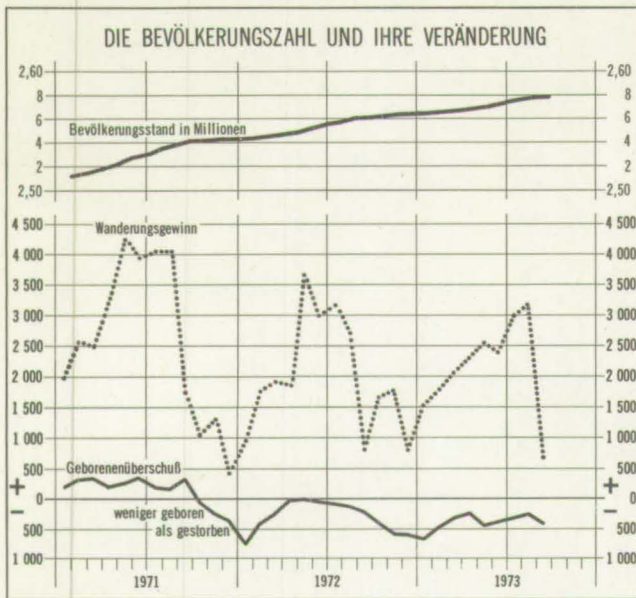
7) ohne Postspareinlagen

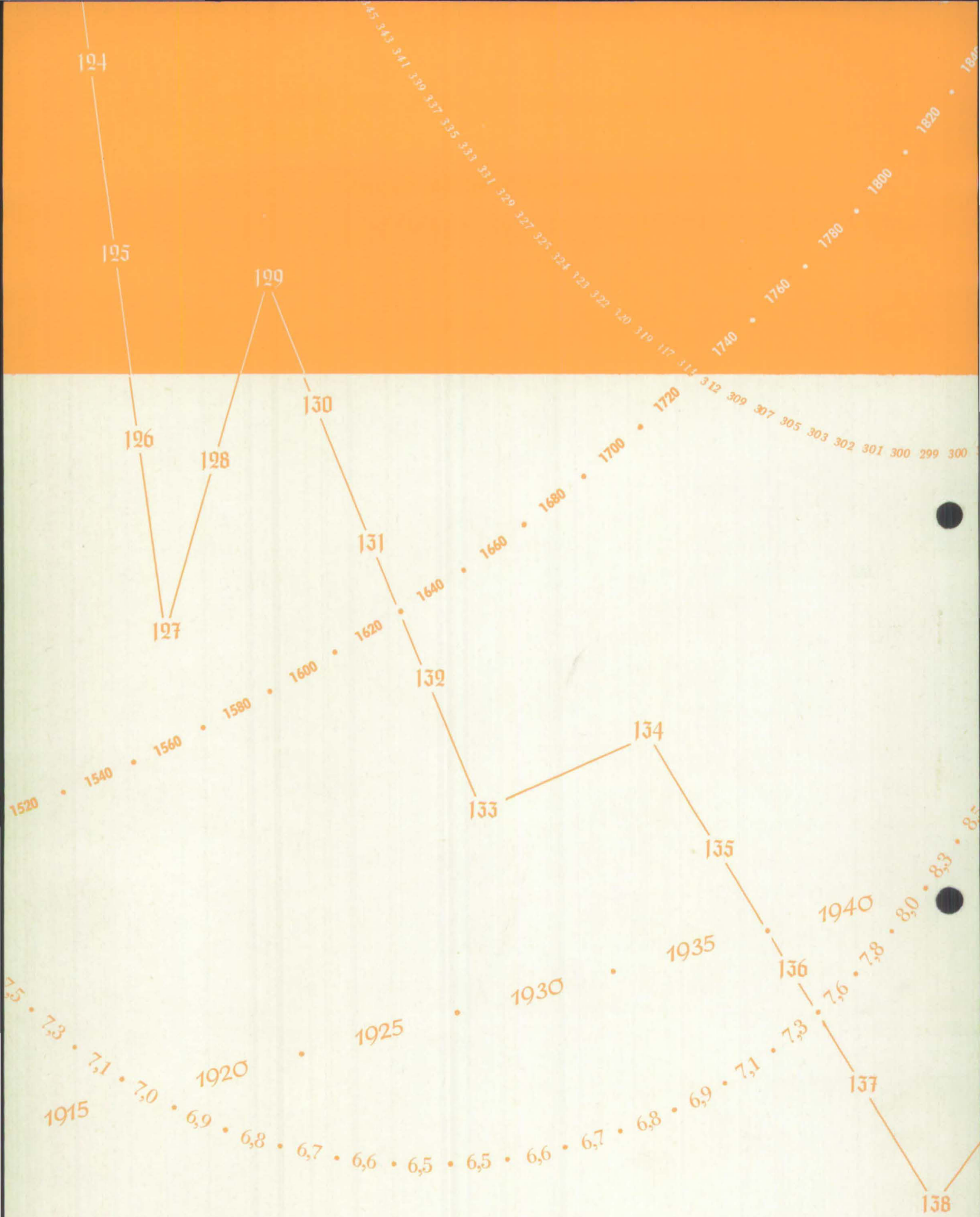
a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundesbahn und -post

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM
 — Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen